

Satzung der Jusos Rheinland-Pfalz

§ 1 Name und Sitz

1. Die Unterbezirke der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD bilden den Landesbezirk der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Rheinland-Pfalz. Dieser führt den Namen „Juso-Landesverband Rheinland-Pfalz“.
2. Sein Tätigkeitsgebiet ist das Land Rheinland-Pfalz.
3. Sitz des Landesverbandes ist Mainz.

§ 2 Organe

Die Organe des Landesverbandes sind:

- a) die Landeskonferenz
- b) der Landesvorstand
- c) der Landesausschuss

§ 3 Landeskonferenz

1. Die Landeskonferenz ist das oberste Organ des Landesverbandes.
2. Die Landeskonferenz besteht aus 120 Delegierten, die in den Unterbezirken zu wählen sind. Hierbei entfallen auf jeden Unterbezirk 2 Grundmandate.
Die übrigen Mandate werden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren verteilt.
Hierbei bleiben die Unterbezirke unberücksichtigt auf deren Delegiertenzahl bei der Anwendung von Hare-Niemeyer auf die Gesamtdelegiertenzahl lediglich 2 oder weniger Mandate entfallen würden. Die Delegierten sind dem Landesvorstand spätestens acht Wochen vor der Landeskonferenz zu melden.
3. Die ordentliche Landeskonferenz findet jährlich statt. Sie ist vom Landesvorstand spätestens 6 Wochen vor dem vorgesehenen Termin mit Angabe der vorläufigen Tagesordnung einzuberufen.
4. Antragsberechtigt sind die Gliederungen der Jusos RLP und ihre Organe.
5. Anträge sind spätestens 4 Wochen vor der Landeskonferenz beim Landesvorstand einzureichen und spätestens zwei Wochen vor der Landeskonferenz den Delegierten zuzusenden.
6. Zu den Aufgaben der Landeskonferenz gehören:
 - a) Entgegennahme der Berichte und Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes
 - b) Beschlussfassung über Anträge und Entschließungen
 - c) Wahl des Landesvorstandes
 - d) Wahl der Delegierten für den Bundeskongress. Jede Regionalgliederung erhält nur die genaue Anzahl an Delegierten und Ersatzdelegierten die ihnen zusteht. (Die Delegiertenzahl wird auf die Regionalgliederungen proportional zu der Zahl der SPD-Mitglieder und Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter unter 35 Jahren verteilt.)
 - e) Wahl der Delegierten für den Bundesausschuss. Dabei ist zu beachten, dass die Delegierten aus verschiedenen Regionen kommen sollten.

42 **§ 4 Außerordentliche Landeskonferenz**

- 43 1. Eine außerordentliche Landeskonferenz ist einzuberufen:
- 44 2. auf Antrag von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes
- 45 3. auf Beschluss des Landesausschusses
- 46 4. auf Antrag von mindestens der Hälfte der Unterbezirke
- 47 5. auf Antrag einer Regionalverbandskonferenz
- 48 6. Die außerordentliche Landeskonferenz muss 6 Wochen nachdem sie ordnungsgemäß
- 49 beantragt wurde, stattfinden. Der Landesvorstand hat unverzüglich unter Angabe der
- 50 vorläufigen Tagesordnung einzuladen. Der Wortlaut des Einberufungsbeschlusses
- 51 einschließlich der Begründung ist beizufügen.
- 52 7. Anträge zur außerordentlichen Landeskonferenz sind spätestens drei Wochen vorher beim
- 53 Landesvorstand einzureichen. Dieser hat sie spätestens eine Woche vor der
- 54 Landeskonferenz an die Delegierten weiterzureichen.
- 55 8. Auf der außerordentlichen Landeskonferenz können Nachwahlen zum Landesvorstand
- 56 stattfinden, sofern dies in der vorläufigen Tagesordnung bekannt gegeben wurde.
- 57 9. Im Übrigen gelten die Bestimmungen zu § 3.
- 58

59 **§ 5 Landesvorstand**

- 60 1. Der Landesvorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden und acht gleichberechtigten
- 61 Stellvertreterinnen/ Stellvertretern. Aus jedem Regionalverband muss mindestens eine/
- 62 ein stellvertretende/r Vorsitzende/r im Vorstand vertreten sein, wenn es aus diesem
- 63 Regionalverband eine Kandidatur gibt.
- 64 2. Aufgaben des Landesvorstandes sind insbesondere:
- 65 a) die politische und organisatorische Führung des Landesverbandes
- 66 b) die Vertretung des Landesverbandes nach innen und außen
- 67 c) die Einberufung und Vorbereitung der Landeskonferenz in Zusammenarbeit mit dem
- 68 Landesausschuss
- 69 d) die Durchführung der Beschlüsse der Landeskonferenz und des Landesausschusses
- 70 e) die Koordinierung der politischen und organisatorischen Tätigkeit im Landesverband
- 71 f) die politische Information der Jungsozialistinnen/ Jungsozialisten in Rheinland-Pfalz
- 72 g) die Vertretung der Jusos Rheinland-Pfalz beim Bundesverband der Jusos.
- 73
- 74 3. Finanzen:
- 75 Die ordentliche Landeskonferenz kann durch gesonderten Beschluss über die
- 76 Verwendung von max. 30% der Mittel entscheiden („LV-Projekttopf“). Diesbezügliche
- 77 Anträge können nur behandelt werden, wenn sie gemäß § 3 Abs. 6 fristgemäß eingereicht
- 78 wurden und einen konkreten Kostenrahmen mit Verwendungszweck enthalten; der
- 79 Verwendungszweck muss den Richtlinien zur Verwendung von RPJ – Geldern entsprechen.
- 80 Solche Anträge bedürfen einer 2/3-Mehrheit. Die restlichen Mittel (mindestens
- 81 70%) werden wie folgt verteilt: Zur Durchführung dieser Aufgaben stehen den Organen des
- 82 Landesverbandes 3/6 dem Bildungsausschuss 2/6 sowie dem Innovationsfonds 1/6 der
- 83 Mittel zur Verfügung.

- 84 Von den 3/6 der Mittel, die dem Landesverband zur Durchführung seiner Aufgaben zur
85 Verfügung stehen, tritt dieser den Regionalverbänden am Anfang eines jeden
86 Kalenderjahres folgende Beträge ab: Für das Rheinland 1100,- Euro, die Pfalz 1000,-
87 Euro und Rheinhessen 600,- Euro. Die Ausgaben der Regionalverbände müssen RPJ -
88 abrechnungsfähig sein.
- 89 4. Der Landesvorstand bestimmt auf seiner konstituierenden Sitzung eine/n für Finanzen
90 Verantwortliche/n.
- 91 5. Der Landesvorstand bestimmt auf seiner konstituierenden Sitzung je drei Personen, die
92 als Vertreterinnen/ Vertreter des Landesvorstandes in den Bildungsausschuss bzw.
93 Innovationsfondsausschuss entsandt werden.
- 94 6. Der Landesvorstand bestimmt auf seiner konstituierenden Sitzung eine/n
95 Geschäftsführerin/ Geschäftsführer, die/der nicht Mitglied des Landesvorstandes oder
96 des Landesausschusses ist.

97

98 § 6 Landesausschuss

- 99 1. Der Landesausschuss ist das höchste beschlussfassende Gremium der JUSOS Rheinland-
100 Pfalz zwischen den Landeskonferenzen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens zehn
101 Unterbezirke mit mindestens einer/m Delegierten anwesend sind. Er kontrolliert die Arbeit
102 des Landesvorstandes. Die Landesausschussarbeit hat folgende Schwerpunkte:
- 103 a) Informationsaustausch zwischen Landesvorstand und Unterbezirken ,
104 b) der Landesvorstand gibt bei jeder Sitzung einen Tätigkeitsbericht ab, der
105 Bildungsausschuss gibt regelmäßig Tätigkeitsberichte ab und am Ende des Jahres einen
106 Rechenschaftsbericht.
- 107 c) er bereitet die Landeskonferenz inhaltlich & organisatorisch vor, kontrolliert die
108 Umsetzung ihrer Beschlüsse durch den Landesvorstand und berät und beschließt – für
109 den Landesvorstand bindend – über die Anträge, welche auf der Landeskonferenz nicht
110 mehr beraten werden konnten.
111 Dem Landesausschuss wird zu Beginn der Legislaturperiode des Landesvorstandes – zu
112 seiner Aufgabenerfüllung – der Haushaltsplan und das Arbeitsprogramm vorgelegt.
- 113 d) Ein Finanzbericht des Landesvorstands ist in Kurzform vierteljährlich dem
114 Landesausschuss vorzulegen. Als Revisoren fungieren die Mitglieder des
115 Landesausschussvorstandes.
- 116 e) Legt eine/ einer der Bundesausschussdelegierten oder eine/ einer der
117 Stellvertreterinnen/ Stellvertreter während ihrer/ seiner Amtsperiode ihr/ sein Mandat
118 nieder, so kann der Landesvorstand eine/ einen Kandidatin/ Kandidaten für die
119 Nachfolge benennen, die/ der vom Landesausschluss gewählt wird.
- 120 f) Entsendung dreier Personen in den Innovationsfondsausschuss.
- 121 g) Entscheidung über die Vergabe der Mittel aus dem Innovationsfonds an die
122 Unterbezirke.
- 123 h) Entsendung dreier Personen in den Bildungsausschuss.
- 124 2. Der Landesausschuss besteht aus je einem/r VertreterIn pro Unterbezirk bei einer
125 Mitgliederzahl von unter 200; Unterbezirke mit mehr als 200 Mitgliedern entsenden zwei

- 126 Delegierte. Landesausschuss-Delegierte dürfen keine gewählten Mitglieder des
127 Landesvorstands sein.
- 128 3. Der Landesausschuss tagt mindestens sechsmal pro Jahr sowie auf Verlangen der Mehrheit
129 der LA – Delegierten.
- 130 4. Der Landesausschuss wählt eine/n Landesausschussvorsitzende/n und dessen/deren
131 StellvertreterIn. Beide dürfen keine Mitglieder des Landesvorstands sein.
132 Deren Aufgabe ist:
- 133 a) Vorbereitung der und Einladung zu den Landesausschusssitzungen,
134 b) Leitung der Landesausschusssitzungen,
135 c) Teilnahme an den Sitzungen des Landesvorstandes mit beratender Stimme.
136

137 § 7 Weitere Gremien

- 138 1. Zu Beginn der Amtszeit des Landesvorstands sowie des Landesausschusses konstituieren
139 sich folgende Gremien:
- 140 a) Innovationsfondausschuss (dieser sichtet die Anträge auf Gelder aus dem
141 Innovationsfond und erarbeitet eine Vorschlagsliste für den Landesausschuss.)
142 b) Bildungsausschuss (dieser entscheidet über das Seminarprogramm der Jusos in
143 Rheinland-Pfalz)
- 144 2. Der **Innovationsfondausschuss** setzt sich wie folgt zusammen: Drei Vertreterinnen/
145 Vertreter gewählt vom Landesausschuss, drei Vertreterinnen/ Vertreter gewählt vom
146 Landesvorstand und die/ der LandesgeschäftsführerIn (beratend). Im
147 Innovationsfondausschuss muss mindestens ein Vertreter aus jedem Regionalverband
148 Mitglied sein.
- 149 3. Der **Bildungsausschuss** setzt sich wie folgt zusammen: Drei Vertreterinnen/ Vertreter
150 gewählt vom Landesausschuss, drei Vertreterinnen/ Vertreter gewählt vom
151 Landesvorstand und die/ der LandesgeschäftsführerIn (beratend).
- 152 4. **Die Kommission**
- 153 a) Die Kommissionen haben die Aufgabe den Landesvorstand bei inhaltlichen Themen
154 zu beraten. Die bisherigen Kommissionen Wirtschaft/Soziales, Internationales,
155 Bildung und Frauen sind als verpflichtend einzuberufen.
- 156 b) Ihre inhaltlichen Beschlüsse sind die geltenden Beschlüsse des Landesverbandes,
157 sofern nicht ein übergeordnetes Gremium anderweitig entschieden hat bzw.
158 entscheidet. Die zuständige Kommission ist bei thematischen Entscheidungen im
159 Landesvorstand und Landesausschuss zwingend zu hören.
- 160 c) Die Kommissionen sind in allen Gremien des Landesverbandes antragsberechtigt.
161 d) Die Kommissionen müssen mind. zweimal im Jahr zur selben Zeit am selben Ort
162 tagen.
- 163 e) Die Kommissionen können eine vom Vorstand unabhängige Leitung wählen, die
164 neben der Vorbereitung der Kommissions-Sitzungen, im Vorstand mit einer Person zu
165 kooptieren ist.
- 166 Jeder Unterbezirk hat das Recht mind. eine Person pro Kommission mit Stimmrecht zu melden, eine
167 weitergehende Regelung kann durch den Landesausschuss entschieden werden.

168 **§ 8 Parteiöffentlichkeit**

- 169 1. Landesvorstand und Landesausschuss tagen parteiöffentlich.
170 2. Die Parteiöffentlichkeit kann mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des
171 jeweiligen Gremiums ausgeschlossen werden.

172

173 **§ 9 Schlussbestimmungen**

- 174 1. Diese Satzung tritt mit ihrer Verabschiedung durch die Landeskonferenz (09./10. Oktober
175 2004) am Tag nach der Landeskonferenz in Kraft. Vorherige Fassungen verlieren
176 gleichzeitig ihre Gültigkeit.
177 2. Satzungsänderungen können von der Landeskonferenz mit 2/3-Mehrheit beschlossen
178 werden.

179 Im Übrigen gilt das Organisationsstatut der SPD.

1 **AntragstellerIn:**

2 Jusos Südpfalz

Nicht fristgerecht eingereicht!!!

S 2

4
5 **Änderung der Satzung §3 Abs. 2**

6
7 **Die Antragssteller beantragen, den §3 Abs. 2 der Satzung des Juso-Landesverbandes wie**
8 **folgt zu ändern:**

9
10 Bisherige Fassung:

11 Sie besteht aus 120 Delegierten, die in den Unterbezirken zu wählen sind. Die Delegierten werden
12 nach Hare-Niemeyer entsprechend der Zahl der Mitglieder und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter unter
13 35 Jahren auf die Unterbezirke verteilt, jeder Unterbezirk erhält zwei Grundmandate. Die
14 Delegierten sind dem Landesvorstand spätestens acht Wochen vor der Landeskonferenz zu melden.

15
16 Geänderte Fassung:

17 Die Landeskonferenz besteht aus 120 Delegierten, die in den Unterbezirken zu wählen sind.
18 Hierbei entfallen auf jeden Unterbezirk 2 Grundmandate.

19 Die übrigen Mandate werden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren verteilt.

20 Hierbei bleiben die Unterbezirke unberücksichtigt auf deren Delegiertenzahl bei der Anwendung
21 von Hare-Niemeyer auf die Gesamtdelegiertenzahl lediglich 2 oder weniger Mandate entfallen
22 würden. Die Delegierten sind dem Landesvorstand spätestens acht Wochen vor der
23 Landeskonferenz zu melden.

1 **AntragsstellerIn:**
2 **Jusos Landesvorstand**

A 1

3
4 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

5

6 **Arbeitsprogramm der Jusos Rheinland-Pfalz**
7 **2004/2005**

8

9 **(Noch) mehr Politik wagen!**

10

11

12 ***I. Analyse***

13

14

15 **Allgemeine politische Lage – Zustand der Partei**

16

17 Die momentane Politik hat durch die viele Zumutungen bei weiten Teilen der Bevölkerung große
18 Verunsicherung und Zukunftsängste entstehen lassen. Rentenkürzungen, Erhöhung der
19 Pflegeversicherung, Zahnersatz und Krankengeld raus der paritätischen Finanzierung, Reduzierung
20 der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, höhere Wochenarbeitszeiten (zumeist ohne
21 Lohnausgleich), fehlende Ausbildungsplätze, Studienkonten, stagnierende Löhne, die Hartz-
22 Gesetze, das alles musste die Bevölkerung in den letzten Monaten unter dem Deckmantel
23 vermeintlich zukunftsreicher Sozialreformen über sich ergehen lassen. Gleichzeitig werden
24 wichtige Reformprojekte wie beispielsweise die Einführung der Vermögenssteuer und einer
25 erhöhten Erbschaftssteuer zur solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens nicht
26 angegangen. Im Gegensatz werden größere Einkommen und Vermögen immer stärker entlastet
27 und man schränkt sich selbst den Handlungsspielraum für eine solidarische umverteilende Politik
28 weiter ein.

29

30 Protest und Desinteresse sind die Antwort der Bevölkerung auf die wenig glaubwürdige und sozial
31 unausgewogene Politik der großen Parteien. Die Menschen vermischen den roten Faden, ihnen
32 fehlen die Visionen. Die Parteien werden in ihrem politischen Handeln und den
33 Begründungszusammenhängen immer weniger unterscheidbar. Es ist nicht mehr klar zu erkennen
34 für welches Gesellschaftsmodell, welche Partei steht.

35 Der Protest der Menschen stellt sich auf verschiedene Art und Weise dar: allgemeiner,
36 parteiunabhängiger Protest und der Protest innerhalb der Parteien, vor allem innerhalb der SPD,
37 aber auch bei der CDU/CSU oder den Bündnis/Grünen. Irgendwo zwischen dem Ganzen ist dann
38 die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit zu finden.

39
40 Der am meisten verbreitete Protest ist nach wie vor das absolute Politikdesinteresse, welches mit
41 der steigenden Anzahl der Wahlenthaltungen zu Ausdruck kommt. Nach jeder Wahl wird von allen
42 die stetig sinkende Wahlbeteiligung beklagt. Wenige Stunden nach einer Wahl ist das Thema
43 allerdings wieder vergessen. Die Politik wagt sich nicht an die Frage, weshalb so viele Menschen
44 ihrem demokratischen Recht entsagen. Zehn Millionen enttäuschte SPD-WählerInnen sind
45 beispielsweise bei der letzten Europawahl nicht zur Urne gegangen. Die niedrige Wahlbeteiligung
46 führt zu vermeintlich sehr guten Wahlergebnissen des konservativen Lagers. Insgesamt verlieren
47 aber alle Parteien in absoluten Zahlen. Die Sozialdemokratie wäre bei einer ihrer Idee
48 entsprechenden Politik nach wie vor mehrheitsfähig.

49 Die Radikalisierung nach rechts ist eine weitere Form des Protestes. Und dies ist beileibe kein
50 ausschließlich ostdeutsches Problem. Wir brauchen nur auf die Kommunalwahl zurück zu blicken.
51 In Mainz oder auch Ludwigshafen und vielerorts konnten die Rechten den Einzug in die
52 Kommunalparlamente feiern.

53 Viele Menschen tragen, speziell gegen und durch Hartz IV begründet, ihren Protest auf die Straße.
54 Dies tun in Ostdeutschland mehr als im Westen, aber auch in Rheinland-Pfalz sind die Menschen
55 auf der Straße, ob gegen Hartz IV oder am 04. Oktober für Ausbildungsplätze.

56 Aber auch so manche NGO organisiert Protest und übt Kritik. Hier ist wohl in erster Linie attac zu
57 nennen. Wenn man sich die Mühe macht, sich mit diesem Protest zu beschäftigen, wird deutlich,
58 dass das nicht nur ein „Wir sind dagegen“ ist. Im Gegenteil – man wird auf Lösungsansätze und
59 andere Gesellschaftsmodelle treffen.

60 Im Osten profitiert von der allgemeinen Stimmung am Stärksten die PDS. Über diese Partei kann
61 man und sind auch viele Jusos unterschiedlicher Meinung. Allerdings darf man sie nicht der
62 Alternativ- und Konzeptlosigkeit bezichtigen.

63

64 Die Gewerkschaften gehen, unserer Auffassung nach, immer wieder auf die SPD und speziell den
65 Bundeskanzler zu. Sie üben Kritik, tun dies fundiert und zeigen, entgegen des beliebten Vorwurfs
66 der Alternativlosigkeit, andere Lösungswege auf. Diese werden in erster Linie von Bundeskanzler
67 und Bundesregierung, aber von der Parteiführung verschmäht. Begründet durch diese Tatsache,
68 verstärkt durch die sozial ungerechte Politik (Agenda 2010, Hartz IV, usw.) des Kanzlers und durch
69 Art und Weise der innerparteilichen Durchsetzung dieser wenig sozialdemokratischen Politik ist der
70 Verein Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit entstanden.

71

72 Die strategisch, wie auch emotional fragwürdige Entscheidung die Initiatoren, welche für eine
73 ursozialdemokratische Programmatik stehen, aus der Partei auszuschließen und das Tischtuch
74 somit in voller Gänze zu zerschneiden ist vermutlich ein historischer Fehler dieser Parteiführung.
75 Aber nicht genug, dass bereits der falsche Weg eingeschlagen wurde, er wird unvermindert
76 fortgesetzt.

77

78 Wir, Jusos Rheinland-Pfalz, stellen uns diesem in unseren Augen fälschlicher Weise beschritten Weg
79 entgegen. Aus diesem Grund sehen wir hier auch den fließenden Übergang der allgemeinen
80 politischen Lage und der Lage der Partei. Die potenzielle Spaltung der politischen Linke hat unserer

81 Auffassung nach weitreichende und vermutlich historische Folgen, die eine ähnliche Dimension wie
82 die „Ausgründung“ der Grünen erreichen könnte. Es ist uns nicht ganz klar, ob der Bundeskanzler
83 und die Parteiführung sich über die Folgen für unsere SPD bewusst sind. Das fortwährende
84 Entziehen der politischen Heimat in der SPD ist und bleibt die Hauptursache für Massenaustritte,
85 miserable Wahlergebnisse, massenhaftes nicht Wählen, innerlichen Austritt von NochgenossInnen
86 und Stärkung der neoliberalen und marktradikalen Kräfte. Die Aktiven der Wahlalternative haben zu
87 großen Teilen sehr schmerzhaft den Glauben und das Zutrauen an die Sozialdemokratische Partei
88 Deutschlands verloren, aber nicht an Idee der Sozialdemokratie. Wir werden weiterhin den Kontakt
89 zu SozialdemokratInnen innerhalb und auch außerhalb der SPD suchen, erhalten und ausbauen. Wir
90 sehen keine Veranlassung uns aufgrund einer strategischen Frage von den Aktiven der
91 Wahlalternative zu distanzieren.

92
93 Wir, die Jusos Rheinland-Pfalz, stehen für unser gültiges Parteiprogramm ein. Wir fordern die
94 Rückbesinnung der Parteiführung, des Bundeskanzlers und der gesamte Partei auf das Berliner
95 Programm.

96 Wir, Jusos Rheinland-Pfalz, werden außerdem nicht müde, unser Gesellschaftssystem zu
97 hinterfragen. Die Möglichkeit, die soziale Frage innerhalb des Kapitalismus zufrieden stellend zu
98 beantworten, ist für uns nach wie vor nicht erkennbar. Eine klassenlose Gesellschaft unter freien
99 Marktbedingungen ist für uns nicht umsetzbar. Denn der Marktmechanismus vermag nicht die
100 Kluft, die nach wie vor zwischen Arm und Reich verläuft, zu schließen, sondern im Gegenteil: diese
101 Spaltungslinie ist systemimmanent!

102

103

104 Lage der Jusos

105

106 Der aktuelle Zeitgeist steht einem Engagement in der Politik entgegen. Das politische Interesse von
107 Jugendlichen ist laut der Shell-Studie so gering wie nie zuvor. Viele Jugendliche haben das
108 Vertrauen in und damit auch Interesse an Politik verloren. Parteien als gesellschaftliche Institution
109 stehen ganz unten in der Vertrauensskala und auch die geringe Akzeptanz von PolitikerInnen mag
110 aufschrecken. Die Gründe für diese gesellschaftliche Entwicklung sind vielfältig. Doch wen wundert
111 diese Haltung angesichts der wenig progressiven Gesellschaftsentwürfe und gepredigten
112 Alternativlosigkeit der Politik? Wenn selbst die PolitikerInnen keinen Anspruch mehr auf Gestaltung
113 der Lebensverhältnisse stellen bzw. den Gestaltungsspielraum der Politik weiter einschränken,
114 welchen Eindruck mag dann ein normale/r Jugendliche/r haben? Auch die Attraktivität von Parteien
115 nimmt immer weiter ab. Zum einen liegt dies an den oben geschilderten Einstellungen, zum
116 anderen aber auch an der Aktivitätsform. Politische Jugendarbeit verläuft kontinuierlich und ist in
117 ihrer Ausprägung vielfältig. Darin unterscheidet sie sich grundlegend von projektbezogener Arbeit.
118 Auch unser Verband kann sich von der gegenwärtigen Situation nicht abkoppeln. Zwar gewinnen
119 wir momentan wieder mehr neue Mitglieder dazu, die dramatischen Mitgliederverluste der letzten
120 Jahre durch die „biologische Grenze“ vermögen diese jedoch nicht zu kompensieren. Es gibt in
121 unserem Verband immer weniger Aktive. Wenn man das Niveau und den Anspruch beibehalten
122 oder sogar noch erweitern will, dann verteilt sich die Arbeit auf immer weniger Personen und die

123 Arbeitsbelastung nimmt somit für den/die Einzelne/n stark zu. Diese erhöhte Belastung lässt
124 natürlich zusätzlich einige vor einem größeren Engagement zurückschrecken. Gleichzeitig kommen
125 immer mehr Aufgaben und Bereiche hinzu, die abgedeckt und bearbeitet werden müssen.
126 Außerdem vollzieht sich bei den Jusos ein Generationenwechsel. Die Aktiven in den Unterbezirken
127 werden immer jünger und ihnen stehen immer weniger erfahrene Jusos zu Seite. Identitätsbildung,
128 Orientierung und politische Bildung sind keine Prozesse mehr, die sich nur noch anhand der
129 eigentlichen Arbeit vollziehen können, sondern sie müssen gesondert fokussiert werden. Die
130 jüngere Generation hat andere Visionen und ein eigenes Weltbild. Bei vielen ist durch ihr soziales
131 Umfeld der Blick für soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit eingeschränkt.
132 Mit dem Generationenwechsel geht auch ein Wandel der Ansprüche und Forderungen an Politik
133 einher. Gemeinschaftliche Aktionen und Unternehmungen sind wichtig für die neuen Mitglieder.
134 Die veränderte Definition von Aktionsformen hat zu einer anderen Mischung politischer
135 Jugendarbeit geführt. Dabei stehen sich oft reine „Spaßveranstaltungen“ und inhaltliche
136 Diskussionen gegenüber. Viele Unterbezirken haben jedoch auch Aktionsformen gefunden, die
137 beide Elemente miteinander verknüpfen. In der Konsequenz darf die Veränderung der Ansprüche
138 jedoch nicht zu einer Reduzierung politischer Jugendarbeit auf „Spaßveranstaltungen“ führen, wie
139 dies bereits bei anderen Jugendverbänden in der Fläche der Fall ist. Für junge Aktive ist auch die
140 Vernetzung untereinander sehr bedeutsam. Erfolgreiche erste Ansätze einer solchen Vernetzung
141 gibt es zum Beispiel mit der Junior SGK, die junge KommunalpolitikerInnen bei Ihrer Arbeit
142 unterstützt und Hilfe anbietet.
143 Der Landesverband lebt davon, dass in den Unterbezirken viele junge Menschen aktiv sind. Dazu
144 gehört nicht nur die Präsenz in den großen Städten, sondern auch in den ländlichen Regionen und
145 Unterbezirken. In den letzten Jahren hat der Landesverband vermehrt Unterbezirke beim
146 Wiederaufbau unterstützt. Glücklicherweise haben sich in einigen betroffenen UBen wieder Jusos
147 gefunden, die die Arbeit vor Ort weiterführen. Die wieder aktiveren Regionalverbände haben bereits
148 und werden in Zukunft hier auch in Zusammenarbeit mit dem Landesverband die einzelnen UBen
149 weiter unterstützen, wo Hilfe benötigt wird.

150

151

152

153

154 *II. Das muss jetzt sein!*

155

156

157 Ansprüche an die Partei

158

159 Die Jusos werden ihren Gestaltungsanspruch, durch eigenständige politische Konzepte innerhalb
160 der Partei einfordern und selbstverständlich nach außen hin vertreten. Wir fordern, klare
161 sozialdemokratische Ziele als politisches Programm vorzugeben. Wir sind in eine gesellschaftliche
162 Situation geraten, in der die Bevölkerung, mangels unterscheidbarer Visionen und politischen
163 Zielvorstellungen der großen Volksparteien zwischen diesen nicht mehr zu differenzieren vermag.
164 Die in Verantwortung stehenden Teile der politischen Klasse sind in eine Lage gekommen, in der

165 sie nur noch auf "gegebene Umstände" zu reagieren vermögen. Politik, die einen
166 Gestaltungsanspruch für sich einnehmen will, muss aber in der Lage sein zu *agieren*. Dies ist nur
167 durch klar und eindeutig formulierte Zielvorstellungen zu bewältigen. Wir Jusos registrieren diesen
168 Mangel als eines der größten Defizite der Parteiführung. Das Vakuum der Handlungsunfähigkeit
169 muss mit sozialdemokratischen Zielvorstellungen gefüllt werden.

170

171 Hierbei werden wir Jusos uns einzubringen wissen

172

173 Die Mehrheitsfähigkeit der sozialdemokratischen Idee werden wir nur dann wieder
174 "zurückerobern", wenn die Programmdiskussion nicht zur Negation unserer ureigenen Werte und
175 Traditionen der ArbeiterInnenschaft missbraucht wird. Nur die Besinnung auf unsere
176 gemeinsamen, sozialdemokratischen Werte wird es uns ermöglichen, unsere traditionsgemäßen
177 WählerInnenschichten wieder für unsere Sache zu gewinnen.

178 Auch in Zukunft müssen wir die Umverteilung von Macht, Arbeit und Kapital als unsere zentrale
179 Aufgabe begreifen und alles daran setzen, dass diese auch in allen Bereichen der Gesellschaft
180 verwirklicht wird.

181 Wir Jusos wollen uns und unsere progressiven Ideen und Vorschläge in der Partei einbringen. Wir
182 suchen den offenen Dialog auf allen Ebenen, um innerparteiliche Demokratie einzufordern und
183 selbst vorzuleben.

184

185 Dialog- und Integrationsfähigkeit der Jusos und der Partei

186

187 Der Dialog und Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen muss in das Zentrum unserer
188 Bestrebungen rücken. Schon immer war es ein Attribut der Sozialdemokratie, fähig zur Integration
189 von sozialen Bewegungen zu sein. Dies soll auch "unsere" Sozialdemokratie, wie wir sie uns
190 vorstellen, leisten.

191 Wir Jusos suchen aktiv den Dialog, insbesondere mit der Wahlalternative. Diese darf durch die
192 Partei nicht einfach abgetan und beiseite geschoben werden. Hier kann die Sozialdemokratie ihre
193 integrativen Fähigkeiten unter Beweis stellen und die unvoreingenommene Diskussion suchen. Wir
194 Jusos werden uns mit Kräften bemühen die Spaltung der Linken, die die Linke nur schwächen kann,
195 zu verhindern. Sollte es dennoch zum Bruch mit den Genossinnen und Genossen kommen, werden
196 wir den Anspruch erheben, einzige, integrative Jugendorganisation der beiden Verbände zu sein.

197

198 Wir Jusos erkennen Rheinland-Pfalz nicht als "Insel". Wir wollen die Mehrheitsfähigkeit in Land und
199 Bund verteidigen. Wir können uns als Rheinland-PfälzerInnen nicht vom Geschehen im Bund
200 abkoppeln. Wir müssen zu den Entwicklungen auf Bundesebene klar Stellung beziehen. Dazu
201 entwickeln wir Jusos eigene, progressive und kreative Beiträge, um die zukünftig anstehenden
202 Herausforderungen zu bestehen und nicht nur die Wahlkämpfe.

203

204 Unser Demokratisches Engagement

205

206 Entsprechend unserem Anspruch zum Dialog auf allen Ebenen werden wir uns auch weiterhin in
207 politischen Gremien engagieren. Wir fordern auch in Zukunft Listenplätze ein, die eine realistische
208 Chance zur Mitarbeit bieten. Wir wollen als Jusos unsere sozialdemokratischen Werte und
209 Vorstellungen in die demokratisch legitimierte Gremien tragen. Dies fassen wir als ein Stück
210 gelebten, realen Generationenwechsel auf. Durch die stärkere Einbindung von jungen Menschen in
211 die politischen Entscheidungsprozesse, die bislang oft nur unzureichend realisiert ist, wird es
212 vermeintlich außenstehenden jungen Frauen und Männern erleichtert die Barriere, die oftmals
213 zwischen ihnen und PolitikerInnen besteht, zu überwinden und selbst Interesse an Demokratie zu
214 entwickeln. Dies kann nur zur verstärkten Anerkennung der politischen Arbeit und Überwindung
215 der Distanz zu Jugendlichen führen.

216
217
218
219

Ziel(bestimmung) Jusos

220 Die Jusos sind ein *politischer* Jugendverband. Jusos haben den Anspruch, Politik mitzugestalten,
221 Ideen in den politischen Prozess einzubringen und Demokratie zu leben. Wir sind als ihre
222 Jugendorganisation Teil der SPD und sehen uns in dieser als linker Richtungsverband verortet.
223 Linker Richtungsverband zu sein heißt nicht, dies nur immer formelhaft zu betonen, sondern durch
224 konkrete politische Vorschläge und Beiträge die Diskussion in der Partei zu beeinflussen. Wir
225 verstehen unsere Beiträge als konstruktive Anregungen, gerade in der jetzigen schwierigen
226 Situation. Jetzt, da viele Genossinnen und Genossen in unserer Partei zweifeln, sehen wir Jusos es
227 als unsere Aufgabe an, Probleme anzusprechen und nicht zu Gunsten eines oberflächlichen
228 vermeintlichen innerparteilichen Friedens zu schweigen. Tagesaktuelle Diskussionen sind dabei für
229 uns ebenso relevant wie die programmatische Auseinandersetzung innerhalb unserer Partei.
230 Weiterhin die Idee des Demokratischen Sozialismus zu unserer Grundlage politischen Handelns zu
231 machen sehen wir nicht im Widerspruch zur, sondern in guter Tradition mit der SPD.
232 Diskussionen in und mit der Partei führen heißt für uns aber auch – trotz aller Kritik an Partei und
233 Regierung und trotz unterschiedlichen Einschätzungen und Positionierungen – dass wir unsere
234 politische Heimat innerhalb der SPD sehen und auch bereit sind, gemeinsam mit dieser zu
235 kämpfen! *Wir möchten dazu beitragen, die Mehrheitsfähigkeit der SPD zu erhalten, insbesondere*
236 *hier in Rheinland-Pfalz!*

237
238
239

Jusos und die junge Generation – Positionierung und politisches Handeln

240 Zwar werden wir als Jugendverband als Interessenvertretung der jüngeren Generation
241 wahrgenommen und nehmen auch für uns in Anspruch, die Lebensrealität junger Menschen besser
242 zu kennen als manche routinierte PolitikerInnen, doch wir definieren die junge Generation nicht
243 als unsere primäre Zielgruppe und sehen uns erst recht nicht als reine Lobbygruppe junger
244 Menschen. Die Diskussion um Generationengerechtigkeit hat zwei Dinge gezeigt. Zum einen lassen
245 sich „junge“ Interessen nicht in einer Kategorie zusammenfassen, und zum anderen sehen wir die
246 grundlegenden Spaltungslinien unserer Gesellschaft nicht zwischen jungen Leuten und dem „Rest“,
247 sondern zwischen Arm und Reich. Daraus ergibt sich, dass unsere politischen Positionen sich nicht

248 an einer Generation orientieren. Wir erheben den Anspruch, gesamtgesellschaftliche Ziele und
249 Problemlösungen anzubieten. Die Jusos Rheinland-Pfalz müssen in der Fläche als auch auf der
250 Ebene des Landesverbandes verstärkt in die Lage versetzt werden, diesem Anspruch gerecht zu
251 werden. Das heißt zum einen, dass der Landesverband insbesondere den jüngeren Genossinnen
252 und Genossen Orientierung bieten muss, Politik vor Ort zu gestalten. Es muss verstärkt politisches
253 Bewusstsein und auch Interesse geschaffen werden, aktiv in Diskussionen und politische Aktionen
254 mit einzugreifen. Die momentane klare Trennung von Politik und Spaß, die bei vielen
255 Veranstaltungsformen vorgenommen wird, muss aufgebrochen werden. Natürlich soll Politik nicht
256 nur Arbeit machen, sondern auch Spaß machen. Die Betonung liegt hierbei auf auch. Wir müssen
257 neue Aktionsformen finden, die zum einen den veränderten Bedürfnissen entgegen kommen,
258 dürfen aber gleichzeitig unseren Anspruch an die politisch inhaltliche Arbeit unseres Verbandes
259 nicht aufgeben und müssen diesen immer wieder bekräftigen. Das ist es, wofür ein politischer
260 Jugendverband steht und stehen muss, ungeachtet gesellschaftlicher Wertmuster und ablehnenden
261 Einstellungen gegenüber kontinuierlicher politischer Arbeit. Dies heißt nicht, dass nicht auch
262 Projektbezogene Arbeit möglich und auch nötig ist, um auf gesellschaftliche Veränderungen,
263 kommunale Ereignisse etc. zu reagieren und auch Angebote zur punktuellen Mitarbeit zu machen.
264 Die Jusos müssen in der Fläche ihre politische Reaktions- und Kampagnenfähigkeit ausbauen. Die
265 gemeinsame Arbeit an einem inhaltlichen Projekt, die mittelfristige gemeinsame
266 Auseinandersetzung breiter Verbandsteile mit einem konkreten Thema, die gemeinsame
267 öffentliche Vertretung unserer Positionen durch Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit muss verstärkt
268 werden. Die Unterbezirke werden dabei von Seiten des Landesverbandes bestmöglich unterstützt
269 werden.

270

271 Wir als feministischer Jugendverband...

272

273 Wir Jusos verstehen uns noch immer als feministischer Jugendverband. Mit feministisch ist nicht
274 nur die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in unserem Verband gemeint, die wir bisher nur
275 eingeschränkt verwirklicht haben, sondern auch die Ausrichtung unserer Politik an dem Ziel der
276 Geschlechtergerechtigkeit. Diesem doppelten Anspruch an unsere konkrete Arbeit müssen wir in
277 Zukunft mehr Rechnung tragen. Partizipationsformen und politische Positionen sind vor diesem
278 Hintergrund neu zu bewerten. Dabei soll die Verantwortung dafür nicht allein den bisher
279 frauenpolitisch aktiven Frauen in unserem Verband übertragen werden, sondern wir müssen alle
280 gemeinsam daran arbeiten, in unsere Verbandrealität feministisch zu handeln.

281

282

283

284

285 III. Strategie 2006

286

287 Die Überschrift Strategie 2006 mag zuerst einmal verwundern, da es sich um ein Arbeitsprogramm
288 für das nächste Jahr handelt. Um jedoch die obigen Zielsetzungen zu erreichen, ist es notwendig
289 langfristig die Arbeit zu planen und den gesamten Verband dabei mitzunehmen.

290

291

292 Rheinland-Pfälzisches Superwahljahr 2006

293

294 Nach verschiedenen Wahlen im Laufe des Jahres 2004 ist das Jahr 2006 insbesondere für uns die
295 Jusos Rheinland-Pfalz das wichtige Jahr der Landtags- und Bundestagswahl. Wir als Landesbezirk
296 Rheinland-Pfalz sehen den Landtagswahlkampf als unsere Verpflichtung. Wir werden alles für
297 uns Mögliche in die Tat umzusetzen, um diese Wahl zu gewinnen. Rheinland-Pfalz muss und wird
298 rot bleiben. Wenn wir diese unsere Aufgabe erfüllt haben, nach einer kurzen Verschnaufpause,
299 setzen wir unsere Arbeit im Bundestagswahlkampf fort.

300 Das für uns zunächst einmal wahlkampffreie Jahr 2005 werden wir auf keinen Fall ungenutzt
301 verstreichen lassen. In dieser Zeit gilt es den Verband inhaltlich auf die gesellschaftlichen
302 Auseinandersetzungen vorzubereiten, sich klar zu positionieren und für die Wahlkämpfe fit zu
303 machen.

304 Ebenso muss bereits im Jahr 2005 die Vorbereitung unserer Wahlkampfkampagnen für das Jahr
305 2006 beginnen.

306 Bereits mit den Landtagswahlen in NRW wird sich der Trend für die SPD abzeichnen. Für uns heißt
307 es dann, die aktuellen Themen aufzugreifen, uns inhaltlich damit auseinander zu setzen und die
308 Themen nach außen darzustellen.

309 Die Bundestagswahl 2006 stellt die Weichen, ob es zu noch marktradikalere(n) (Sozial)Reformen mit
310 dramatischeren Einschnitten – die Kopfpauschale ist hier nur ein Beispiel sozialer Ungerechtigkeit –
311 kommen wird.

312 Wir müssen dann die besseren Konzepte besitzen und die Menschen überzeugen. Nur so können
313 wir die Wahlen 2006 gewinnen! Wir werden das Jahr 2005 zur Vorbereitung nutzen, um dann mit
314 vollem Elan 2006 zu bestehen!

315

316

317 Kampagne Sozialpolitik

318

319 Die Zukunft des Sozialstaates und die Gestaltung der Sozialpolitik in allen gesellschaftlichen
320 Lebensbereichen ist momentan die zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzung. Hier entscheidet
321 sich in den nächsten zwei Jahren die mittelfristige Zukunft unserer Gesellschaft und auch unserer
322 Partei.

323 Sozialpolitik ist der Kernbereich sozialdemokratischer Politik. Wir Jusos werden hier klar Position
324 beziehen und unsere Anforderungen an den Sozialstaat formulieren.

325 Der Landesvorstand wird in Zusammenarbeit mit Interessierten eine Kampagne zum Thema
326 „Sozialpolitik“ erarbeiten.

327 In der ersten Phase wird der Landesverband gemeinsam mit den Unterbezirken in verschiedenen
328 Aktions- und Veranstaltungsformen wie einer Zukunftswerkstatt, Diskussionen in den
329 Unterbezirken etc. *unsere* grundlegende Vorstellung von Sozialstaat erarbeiten. Unterstützt werden
330 kann ein solcher Prozess durch eigene Erfahrungen im sozialen Bereich. Ein rheinland-pfalz-weiter
331 Aktionstag „Jusos packen mit an“ bietet diese Möglichkeit. Unsere so aufgearbeiteten und

332 erarbeiteten Ziel- und Wertvorstellungen, Ansprüche und Anforderungen an Gesellschaft und
333 Sozialstaat sollen den Rahmen für die konkreten Reformprojekte bilden. Diese werden in einem
334 zweiten Schritt näher erarbeitet. Ein konkretes Projekt wird hier die Bürgerversicherung sein, zu der
335 idealerweise ein eigenes Konzept vorgelegt wird. Weitere Projekte auch unter Beachtung
336 geschlechterpolitischer Fragestellungen werden im Laufe der Kampagne festgesetzt werden. Eine
337 Zuspitzung des Kampagnenthemas auf landespolitische Fragestellungen im Rahmen des
338 Landtagswahlkampfes sowie auf bundespolitische Themenfelder werden den Abschluss der
339 Kampagne bilden.

340 Neben den innerverbandlichen Auseinandersetzungen, die besonders intensiv zu Beginn geführt
341 werden müssen und auch sollen, werden im Verlauf der Kampagne verstärkt BündnispartnerInnen
342 und auch die Öffentlichkeit durch offene Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit miteinbezogen.
343 Materialien sowohl für die grundsätzliche Positionierung als auch für die Darstellung nach außen
344 werden den Unterbezirken zur Verfügung gestellt werden.

345

346

347 Jusos "(Noch) mehr Politik wagen"

348

349 Neben der zentralen Auseinandersetzung in der Sozialpolitik, gibt es viele verschiedene inhaltliche
350 Themenfelder zu denen sich Jusos informieren und einbringen sollten. Wir können schon seit
351 einigen Jahren beobachten, dass sich der Kreis derer, die in der Lage sind, Politik kritisch zu
352 bewerten und Alternativen zu diskutieren, immer weiter verkleinert. Aus diesem Grunde hatten die
353 Jusos RLP beschlossen, die Kommissionen zu den Themen Frauen, Bildung, Internationales und
354 Wirtschaft & Soziales einzuführen. Mittlerweile nehmen circa 40 GenossInnen aus verschiedenen
355 Unterbezirken an den Kommissionswochenenden teil. Es zeigt sich nun nach 2 Jahren, dass jene
356 Unterbezirke, die sich regelmäßig beteiligen, inzwischen wieder mehr politischen Output
357 produzieren und die Arbeit der Kommissionen auch die Unterbezirke in ihrer inhaltlichen Arbeit
358 unterstützt. Jedoch ist der Kreis der Teilnehmer der Kommissions-Wochenenden denkbar klein. Es
359 handelt sich um 30% der rheinland-pfälzischen Unterbezirke, die regelmäßig Delegierten und
360 Interessierten die Teilnahme an den Verbandswochenenden ermöglichen, der Rest hat sich bisher
361 nur vereinzelt oder gar nicht eingebracht.

362 Daraus ergibt sich die natürliche Folge, dass diese Unterbezirke, von den Kommissionen, welche
363 die inhaltliche Plattform des Landesverbandes abgekoppelt sind.

364 Dadurch bleiben wir als Jusos RLP hinter unseren Möglichkeiten zurück. Das Wissen derer, die nun
365 nach und nach aus dem aktiven Dienst ausscheiden, wird nur in einen kleinen Kreis tradiert.
366 Daraus folgt, dass vom Vorstand Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die bisher
367 unbeteiligten Unterbezirke in die Arbeit, die bereits eine Eigendynamik erfahren hat,
368 einzubeziehen.

369 Dazu ist es einerseits unerlässlich, die Arbeit der Kommissionen effizienter zu gestalten. Die
370 Vorbereitung muss sich in Zukunft so gestalten, dass im Vorfeld der Tagungen bereits der
371 Ablaufplan fest steht und die Arbeitsmaterialien den TeilnehmerInnen zugänglich gemacht werden.
372 Hierzu würde sich die Homepage eignen, von der jeder und jede Interessierte sich die Materialien

373 herunter laden und sich somit auch ein Bild der Arbeit machen kann. Somit könnte man auch
374 potenziell interessierte, aber noch nicht teilnehmende GenossInnen ansprechen.
375 Die Arbeit der Kommissionen muss in Zukunft aber auch verstärkt in die Untergliederungen hinein
376 verlängert werden. Hier könnte man die Diskussionen und Ergebnisse der Kommissions-
377 Wochenenden nachvollziehen und weiter diskutieren. Damit würden Kommissionen dann auch
378 zwischen den Wochenenden statt finden und man würde die Voraussetzung dafür schaffen, dass
379 der Verband konzentriert und zeitgleich an einem Thema diskutiert, dieses voran bring und durch
380 gute und breit getragene Ergebnisse möglicherweise sogar der Partei gegenüber setzen kann.
381 Doch wir dürfen bei unserer gesamtverbandlichen inhaltlichen Arbeit nicht dabei stehen bleiben,
382 die Kommissionsarbeit weiter zu verbessern. *Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten*
383 *das Weiterführen, was wir „Professionalisierung des Verbandes“ genannt haben.*
384 Um den UBen den Einstieg in die Diskussion politischer Auseinandersetzungen zu erleichtern,
385 sollte ein ReferentInnenpool von Seiten des Landesverbandes eingerichtet werden, aus dem
386 Untergliederungen für Diskussionsveranstaltungen und Seminare innerverbandliche ExpertInnen
387 anfragen können und somit auch Zugang zu Themen zu bekommen, die möglicherweise vor Ort
388 eher weniger diskutiert werden.
389 Dies soll unterstützt werden, durch regelmäßige Veröffentlichungen, die sich mit einem
390 Schwerpunktthema beschäftigen. Damit soll den Unterbezirken nicht nur ein Thema angeboten
391 werden, sondern ihnen soll durch Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen der Einstieg
392 in die Diskussion erleichtert werden. Mögliche Aktionsformen und Projekte, die die inhaltliche
393 Diskussion des Themas begleiten können und die unseren Verband, unsere Arbeit und Positionen
394 auch nach außen hin sichtbar machen, werden außerdem in der Veröffentlichung zu finden sein.
395 Den Unterbezirken bietet sich dadurch auch einmal mehr die Möglichkeit, sich für die Arbeit an
396 einem Thema oder konkreten Projekt zu vernetzen und als Unterbezirk oder über einzelne
397 GenossInnen von anderen Unterbezirken zu lernen und den Arbeitsaufwand durch gemeinsame
398 Planung zu reduzieren.
399 Neben dieser strukturell inhaltlichen Unterstützung werden auch auf Landesebene mindestens
400 zwei öffentliche Großveranstaltungen, wie beispielsweise eine Fachtagung, eine Konferenz in
401 Zusammenarbeit mit anderen Verbänden etc. durchgeführt werden. Dies soll zum einen die
402 Präsenz nach außen verstärken und zum anderen den Verband außerhalb der regelmäßigen
403 Veranstaltungen erfahrbar machen.
404 Für uns Jusos ist es wichtig, starke Unterbezirke und AGen zu haben und so auch in der Fläche ein
405 lebendiger Verband zu sein. Mit den vorgeschlagenen Aktionen möchte der Landesverband einen
406 Beitrag dazu leisten. Wir werden jedoch im Laufe des Jahres weitere Möglichkeiten erarbeiten, die
407 Unterbezirke in ihrer Arbeit zu unterstützen.
408 Doch wie sich bei der Arbeit der Kommissionen bereits gezeigt hat, ohne die Partizipation und
409 Unterstützung der Unterbezirke nützen auch die gut gemeinten Angebote nichts. *Ihr – als*
410 *VertreterIn – seid dazu aufgefordert und auch eingeladen, euch inhaltlich und mit neuen Ideen*
411 *einzubringen und an und in einem lebendigen Juso-Verband mitzuarbeiten!*

412

413

414

Bildungsarbeit

415
416 Politische Bildungsarbeit ist ein Kernbereich unserer politischen Arbeit. Wir bieten jährlich über 30
417 Seminare sowohl inhaltlicher als auch arbeitstechnischen Inhalts an. Die Seminarverantwortung
418 liegt dabei immer bei Genossinnen und Genossen, die sich auch aktiv in unsere Verbandsarbeit
419 einbringen. Durch die veränderte Mitgliederstruktur stehen jedoch auch hier immer weniger Jusos
420 zur Verfügung, die durch Studium, Beruf oder Juso-Arbeit die Kompetenz haben, eigene Seminare
421 anzubieten. Diese Entwicklung müssen wir in unserem Verband frühzeitig auffangen. Einige
422 GenossInnen müssen gezielt ausgebildet werden, damit das Wissen und die Fähigkeiten in unserem
423 Verband tradiert und erhalten bleiben.

424 Neben den im Seminarprogramm verankerten Seminaren wird auch weiterhin das Angebot
425 bestehen, dass Vorstandmitglieder zu bestimmten Themen den Unterbezirken als ReferentInnen
426 zur Verfügung stehen. Dies kann nicht nur zu einer ausgiebigeren politischen Auseinandersetzung
427 beitragen, sondern es wird auch gleichzeitig den Austausch zwischen dem Landesverband und den
428 Unterbezirken gestärkt.

429
430 HSG

431
432 Wir Jusos sind auch an unseren Hochschulen aktiv. Gerade in den rheinland-pfälzischen
433 Hochschulen gestalten die Jusos aktiv die Politik an der Hochschule mit, sei es in ASten,
434 Studierendenparlamenten, im Senat oder in den Ausschüssen.

435 Die Juso-Hochschulgruppen agieren meist nur an ihrer Hochschule. Selten sind aktive Hochschul-
436 Jusos im Unterbezirk oder Landesverband aktiv. Unterbezirke wissen teilweise nicht, was die Juso-
437 Hochschulgruppen vor Ort machen und umgekehrt ebenso. Hier gilt es anzupacken.

438 Wir wollen noch mehr als bisher mit den Jusos an den Hochschulen zusammenarbeiten. Wir wollen
439 das Interesse der Hochschulgruppen am Landesverband wecken und sie zur Mitarbeit bewegen.

440 Des Weiteren existieren bei weitem noch nicht an jeder Hochschule in Rheinland-Pfalz Juso-HSGen.
441 An diesem Punkt sollten wir gemeinsam mit den LandeshochschulkoordinatorInnen ansetzen.
442 Vernünftige Hochschulpolitik kann nur mit uns Jusos gemacht werden! Deswegen sollten wir an
443 jeder Hochschule des Landes präsent sein.

444 Die Bildungspolitik der Jusos Rheinland-Pfalz hört nicht bei den weiterführenden Schulen auf! Wir
445 müssen gemeinsam gegen sozial selektive Studiengebühren jeglicher Art kämpfen, gerade in der
446 eigenen Partei. Wir gemeinsam können die Hochschulwahlen und die Wahlen 2006 gewinnen. Ohne
447 uns geht nichts – auch nicht an den Hochschulen!

448
449
450 Antifa

451
452 Schon immer ist antifaschistische Arbeit eine grundlegende Säule der ArbeiterInnenbewegung
453 gewesen. Sie war und ist auch ein traditionelles Thema der Jusos Rheinland-Pfalz. Der Arbeitskreis
454 AntiFa war eine bewährte Arbeitsplattform, in der (genügend) Platz für Erfahrungsaustausch und
455 neue Ideen zur Bekämpfung des Faschismus und seiner Bewegung war. AntiFa-Arbeit ist in den

456 letzten Jahren wegen anderer inhaltlicher Themensetzung und wenigen Aktiven in diesem Bereich
457 immer mehr in den Hintergrund getreten.

458 Die Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz sowie die Landtagswahlen im Saarland haben gezeigt, dass
459 Rechte Parteien wieder an Mitgliedern und WählerInnenstimmen gewinnen und dadurch sogar in
460 den Kreistag gelangen.

461 Deswegen ist es sehr wichtig, die AntiFa-Arbeit wieder aufzunehmen! Der Arbeitskreis AntiFa kann
462 dann möglicherweise im Rahmen des Kommissionswochenendes wiederetabliert werden. Des
463 weiteren soll ein Netzwerk gebildet werden, um auf örtliche Aktivitäten gebündelt reagieren zu
464 können. Auch die Zeitung „No Pasaran“, die von den Mitgliedern des AK AntiFa erarbeitet und
465 herausgegeben wurde, soll wieder entstehen, mit dem Ziel zukünftig wieder mehr Bewusstsein,
466 Anteilnahme und Interesse für die Problematik schaffen. Ebenfalls kann und soll die AntiFa-Arbeit
467 durch Bündnispartner und -organisationen unterstützt und erweitert werden.

468

469

470 Bündnisarbeit

471

472 Sozialistische Politik findet nicht nur innerhalb der Jusos statt. Deshalb ist es in Zeiten von
473 Globalisierung und Netzwerken eine unabdingbare Grundlage linker Politik, verstärkt den Kontakt
474 zu unseren *Bündnispartnern regional* (Beethovenkreis) und *international* (die Jugendorganisationen
475 unserer europäischen Schwesterparteien) zu suchen und gemeinsame Positionen für eine soziale
476 linke Politik zu erarbeiten.

477 Auf europäischer Ebene ist eine Vernetzung unserer Arbeit dringend vonnöten, um der
478 gemeinsamen Herausforderung eines sozialen Europas solidarisch zu begegnen. Deshalb sollen die
479 bestehenden Kontakte zu den Genossen der Jungen Generation Österreich und den Jeunes
480 Socialistes de la Nièvre et Saône-et-Loire intensiviert werden z.B. durch einen Workshop zum
481 Thema Soziales Europa. 2005 erwarten wir den Besuch der italienischen Genossen der Sinistra
482 Giovanile. Bei einer Rheinland-Pfalz-Tour werden sie unser Land, unsere kulturellen Eigenheiten
483 von Rhein, Mosel und Pfalz kennen lernen. Gemeinsam soll dabei auch eine inhaltliche Grundlage
484 für eine weitere Zusammenarbeit geschaffen werden.

485 Mit den regionalen Partnern sollen verstärkt Aktionen vor Ort durchgeführt werden, die wieder
486 linke Politik in das Bewusstsein der Öffentlichkeit tragen sollen. Die Intensivierung der
487 Zusammenarbeit im Beethovenkreis (linke Jugendverbände in RLP; DGB Jugend,
488 Einzelgewerkschaften, Falken, grüne Jugend, Naturfreunde, AWO Jugend) auf Landesebene kann
489 dazu ebenso beitragen wie die Vernetzung mit unseren Genossinnen und Genossen insbesondere
490 aus dem Saarland. Auch soll das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) in seinen
491 Bemühungen der antirassistischen Aufklärungsarbeit an Schulen weiter personell und ideell
492 unterstützt werden. Die große Resonanz an den Schulen beweist die Notwendigkeit dieser
493 elementaren humanistischen Arbeit.

A 2a

1 **AntragsstellerInnen:**

2 **Jusos Südpfalz, Jusos Kaiserslautern, Jusos Kusel**

3

4 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

5

6 **Jugend und Politik – Antworten auf die neue Verbandsrealität finden**

7

8 Die Antragssteller beantragen die Durchführung einer Seminar- und Tagungsreihe zur Diskussion
9 über die Verbesserung der Integration junger Genossinnen und Genossen in den Verband. In
10 diesem ersten Schritt sollen alle Altersgruppen bei den Jusos einbezogen werden. Insbesondere
11 sehr junge Mitglieder müssen ihre Meinung äußern können.

12 Die Bildungskommission erarbeitet gemeinsam mit interessierten Unterbezirken ein Handbuch und
13 ein Seminar zum Thema „politische Arbeit mit jungen Menschen heute“. In diesem Seminar sollen
14 die Unterbezirksvorstände vor Ort in neuen Methoden und Veranstaltungsformen geschult werden.
15 Der Landesvorstand sucht mit den Partnerorganisationen AWO Jugendwerk und SJD Die Falken
16 verstärkt nach Kooperationsmöglichkeiten.

17

18 **Begründung:**

19 Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Struktur der Jusos gewandelt. Waren Mitte der 90er
20 Jahre vor allem die Altersgruppe der 25 – 35jährigen mit einem entwickeltem politischen
21 Koordinatensystem dominierend, hat sich der Altersdurchschnitt in den Unterbezirken und
22 Arbeitsgemeinschaften deutlich nach unten bewegt. In der Regel kommen junge Menschen mit 13 –
23 16 Jahren zu den Jusos und erwarten dort ein passendes Angebot, um ihr Engagement
24 umzusetzen. Die Antwort auf diese Entwicklung ist eine Mischung politischer Projektarbeit und
25 Freizeitgestaltung.

26

27 Die geübte Praxis in vielen Unterbezirken stellt sich jedoch anders dar. Die Arbeit der Jusos
28 erstreckt sich neben der traditionellen Wahlkampfhilfe auf das Abhalten von Sitzungen und den
29 Infostand am Straßenfest. Mit dieser Art politisch zu arbeiten, erreichen wir jedoch nicht den
30 interessierten Schüler, Azubi und Studenten, der sich gezielt in einem Themenbereich, evtl. zeitlich
31 begrenzt, engagieren will. Auch für denjenigen, der sich nur mal so interessiert, ist das kein
32 Angebot.

33

34 Die Jusos brauchen auch an der Basis mehr inhaltliche Arbeit. Diese muss in jugendgerechter Form
35 gestaltet werden. Ziel wird es daher zukünftig sein, jungen Menschen Foren zum mitmachen zu
36 bieten, vor Ort. Die formelle Mitgliedschaft ist dabei zweitrangig, wird sich jedoch in der Regel
37 einstellen.

38

39 Ohne Einbindung auch sehr junger Mitglieder in die politische Arbeit wird der Verband mittelfristig
40 seine politische Diskussionskultur nicht weiter tragen können und die nötigen inhaltlichen
41 Grundlagen für sein Handeln verlieren.

A 2b

1 **Antragssteller:**

2 **Jusos Südpfalz, Jusos Kaiserslautern, Jusos Kusel**

3

4 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

5

6 **Vergabe von Finanzmitteln nach §5 Abs. 3 (LV-Projekttopf)**

7

8 Projekt: Jugend und Politik – Antworten auf die neue Verbandsrealität finden

9

10 Die Antragssteller beantragen die Durchführung eines Projektes zum Thema Jugend und politische
11 Parteien durch den Landesverband. Die hierfür benötigten Finanzmittel werden in angemessener
12 Höhe zur Verfügung gestellt.

13

14 **Begründung:**

15 siehe Antrag „Jugend und Politik“

A 4

1 **AntragsstellerIn:**

2 **Juso Landesvorstand**

3
4 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

5
6 **Geschlechtergerechtigkeit_04 ?!**

7 **Die Hälfte und nicht weniger!**

8
9 ***„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale***
10 ***Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter“***

11 **August Bebel, 1910**

12
13
14 **I. Gleiches Recht für alle!**

15 **...Und dann?**

16
17 Vor 100 Jahren wurde bei einem großen Frauentreffen in Berlin der Weltbund für Frauenwahlrecht
18 gegründet, mit dem Ziel der politischen Gleichberechtigung der Frauen. 1919 erhielten dann nach
19 engagiertem Kampf – auch der SPD – die Frauen in der Weimarer Republik erstmals das Recht, bei
20 Wahlen ihre Stimme abzugeben und somit aktiv das politische Leben mitzubestimmen. Mit der
21 Gründung der Bundesrepublik erstritten die wenigen Frauen im Parlamentarischen Rat, der
22 verfassungsgebenden Versammlung, die Aufnahme des schlichten Satzes „Männer und Frauen sind
23 gleichberechtigt“ in den Katalog der Grundrechte. 1994 wurde zudem der Passus „Der Staat fördert
24 die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die
25 Beseitigung der bestehenden Nachteile hin“ mitaufgenommen. Mit diese Änderung reagierte die
26 Politik darauf, dass rechtliche Gleichstellung noch keine tatsächliche Gleichstellung der
27 Geschlechter bedeutet und dass die Benachteiligung insbesondere von Frauen in unserer
28 Gesellschaft leider noch nicht aufgehoben ist.

29
30 Gleichberechtigung der Geschlechter war bereits Anfang des Jahrhunderts bezogen auf das
31 Frauenwahlrecht ein Thema, dem sich die SPD angenommen hat. Auch wir Jusos haben uns sowohl
32 bezogen auf unsere Strukturen als auch in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Lebensbedingungen
33 oft mit dem Thema beschäftigt. Jedoch hat das Thema Geschlechtergerechtigkeit seit seiner
34 zweiten Hochphase – der zweiten neuen Frauenbewegung in den späten 60er und 70er Jahren – in
35 der Gesellschaft und in unserer Partei immer mehr seinen Stellenwert als politisch relevantes
36 Schwerpunktthema eingebüßt und wird von anderen Politikfeldern an den Rand gedrängt. Die
37 rechtliche Gleichstellung, die wichtigen Impulse von europäischer Ebene zum Thema Gleichstellung
38 der Geschlechter und die tatsächlichen Verbesserungen in der Gesellschaft, innerhalb der
39 Arbeitswelt und in unserer Partei haben den Blick dafür getrübt, dass wir uns in Sachen
40 Geschlechtergerechtigkeit noch lange nicht am Ziel befinden. Die weiter zunehmende Subtilität der

41 Benachteiligungsmechanismen, die dafür sorgt, dass Benachteiligung nicht erkannt wird oder
42 verleugnet werden kann, die breite Varianz erfahrbarer Diskriminierung oder
43 geschlechtsspezifischer Differenzierung und die Reduzierung des Machbaren auf die eigene
44 Leistungsfähigkeit erschweren es zudem, Benachteiligung kollektiv zu begegnen und konkrete
45 Forderungen zu formulieren. Wer die Ungleichbehandlung nicht verdrängen will, kann ihn jeden
46 Tag sehen. Am beruflichen Verdienst von Frauen und Männern, an der unterschiedlichen Rente, die
47 Frauen und Männer bekommen, am gesellschaftlichen Prestige ihrer beruflichen und anderen
48 Tätigkeiten und deren Aufteilung, an den Frauenanteilen an gesellschaftlichen Schlüsselpositionen
49 (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien), bis hin zur Repräsentanz von Frauen in unseren Juso-
50 Gremien.

51
52

53 **II. Gesellschaftliche Bestandsaufnahme:**

54 **Geschlechtergerechtigkeit_04?**

55
56
57

56 Internationale Lage der Frauen

58 Auf der im September 2004 in Berlin veranstalteten Nachfolgekongress zur Weltfrauenkonferenz
59 in Peking 1995, wo ein neuer Aufbruch in eine geschlechtergerechte Gesellschaft beschlossen
60 wurde, wird eine nüchterne Bilanz gezogen. „Es ist viel erreicht worden, aber oft nur auf dem
61 Papier“ so eine Teilnehmerin. Die Forderung nach einer „Demokratie, die auch das hierarchische
62 Geschlechterverhältnis demokratisiert“ ist noch lange nicht verwirklicht.
63 Gerade in der internationalen Politik werden viele Frauenrechte zunehmend durch religiösen und
64 nationalistischen Fundamentalismus in Frage gestellt. Die Armut in der Dritten Welt ist noch immer
65 weiblich, der Begriff der Feminisierung der Armut¹ ist leider heute trotz Bemühungen der UN und
66 gezielter Entwicklungshilfe aktueller denn je. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen durch ein
67 marktliberales Wirtschaftssystem, die spezielle Aufgaben- und Funktionsteilung zwischen Frauen
68 und Männern und das weltweit niedrigere Lohnniveau von Frauen fördern die soziale Ungleichheit
69 von Frauen und Männern insbesondere in den Entwicklungsländern. Verschärft wird diese
70 Problematik dadurch, dass Frauen systematisch von Bildung ausgeschlossen werden. Die
71 Analphabetenrate von Frauen liegt deutlich über der der Männern und 73 Millionen junge Mädchen
72 werden aufgrund ihres Geschlechts und wegen ihrem vorgezeichneten Lebensweg als Ehefrau und
73 Mutter von einer grundlegenden Schulbildung ausgeschlossen. Ein weiteres Problemfeld gerade in
74 der internationalen Politik ist die Gewalt gegen Frauen. Hierzu zählen etwa häusliche Gewalt,
75 Genitalverstümmelung sowie Gewalt gegen Frauen in verletzlicher Lage (im Polizeigewahrsam, im
76 bewaffneten Konflikt, als Flüchtlinge oder als Prostituierte) und sexuelle Belästigung. Auch die
77 Problematik des Frauenhandels, die sich in den letzten Jahren insbesondere in Europa verschärft
78 hat, zeigt die weitreichende Diskriminierung von Frauen auch in unserem Umfeld. Jährlich werden
79 rund 500.000 Frauen und Mädchen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung in EU-Länder

¹ Weltweit wächst der Familientyp mit weiblichem Haushaltsvorstand am schnellsten; die hohe Armutsrate unter diesen Haushalten ist an der steigenden Zahl von Frauen und Kindern ersichtlich; Frauen sind sowohl proportional als auch qualitativ stärker von Armut betroffen

80 geschleust, ihrer individuellen Rechte beraubt und in eine Art moderne Sklaverei gezwungen. Das
81 Europäische Parlament hat sich in den letzten Jahren verstärkt diesem Problemkreis angenommen
82 und entschlossene Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels
83 eingefordert.

84

85 **Europa und die Gleichstellung**

86

87 Im Gegensatz zur Bundesrepublik nimmt die Europäische Union in Sachen „Gleichstellung der
88 Geschlechter“ eine Vorreiterrolle ein. Die europäische Union hat ihren in der Gleichstellungspolitik
89 verfolgten Ansatz im Laufe der Zeit deutlich weiterentwickelt: Der eigentliche Schwerpunkt hatte
90 ursprünglich auf dem Aspekt der Gleichheit des Arbeitsentgelts und der Vermeidung von
91 Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten gelegen. Da jedoch Diskriminierung
92 aufgrund des Geschlechts nicht nur auf dem Arbeitsmarkt existiert, sondern auch in vielen anderen
93 Bereichen des täglichen Lebens, und somit ein weiteres Hindernis für die Verwirklichung der
94 Gleichstellung von Männern und Frauen darstellt, wurde der Politikbereich erweitert. Dies zeigt sich
95 deutlich in der jüngst verabschiedeten Gleichstellungsrichtlinie.

96 Das Ziel der Gleichberechtigung von Frauen und Männern wurde im Verlauf des
97 Verfassungskonvents mit in den Katalog der Ziele der europäischen Union aufgenommen.

98 Obwohl die Union progressiver als ihre Mitgliedsstaaten auf diesem Feld agiert, ist die
99 einzelstaatliche Umsetzung oft schwierig oder wird von den entsprechenden Organen blockiert.

100

101 Frauen, Männer und die Arbeit

102

103 In jeder Gesellschaft lässt sich eine Rollen- und Funktionsteilung zwischen Frauen und Männern
104 beobachten. Diese Teilung ist zwar zumindest in Europa und in Deutschland nicht mehr so deutlich
105 wie vor einigen Jahrzehnten, jedoch besteht die Aufteilung der Arbeitssphären weiterhin. Der
106 sprachliche Umgang mit dem Begriff „Arbeit“, der sich einseitig auf die Erwerbsarbeit bezieht,
107 deutet bereits das Spannungsfeld an. Gesellschaftliche Arbeit und Familienarbeit sind in unserer
108 Gesellschaft nicht der Erwerbsarbeit gleichgestellt. Die doch sehr theoretische Auseinandersetzung
109 mit dem Begriff „Arbeit“, die aber in ihrer Konsequenz ganz praktische Auswirkungen auf das
110 Geschlechterverhältnis und auf die Verteilung von Arbeit (hier allgemein!) gehabt hätte, ist leider
111 weitestgehend verstummt. Dabei ging in dieser Diskussion um die noch immer aktuelle und
112 notwendige Aufwertung der Familienarbeit. Diese wird auch in unserer Gesellschaft noch
113 hauptsächlich von Frauen geleistet.

114 Bezogen auf den Erwerbsarbeitsmarkt sind 65,1% der erwerbsfähigen Frauen erwerbstätig,
115 gegenüber 79,2% bei den Männern². In der Arbeitslosenstatistik machen Frauen einen Anteil von
116 42,4% aus. Die verdeckte Arbeitslosigkeit, d.h. Frauen, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben,
117 aber dennoch einer Erwerbsarbeit nachgehen möchten, wird jedoch in dieser Statistik nicht
118 berücksichtigt. Der Teilzeitarbeitssektor ist weiterhin eine Frauendomäne, wie auch der jüngste
119 rheinland-pfälzische Landesgleichstellungsbericht feststellt. In Rheinland-Pfalz sind 81% der

² destatis, Statistisches Bundesamt, 2003

120 Teilzeitbeschäftigten Frauen. Ihr Anteil an den Vollzeitbeschäftigten beträgt demgegenüber
121 lediglich 30%. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes ist zwar in
122 den letzten Jahren gestiegen. Im höheren und gehobenen Beamtenstand stellen Frauen
123 mittlerweile einen Anteil von 46%, jedoch liegt der Anteil der Frauen in Leitungspositionen weit
124 darunter. So betrug z.B. der Anteil der Abteilungsleiterinnen 2003 16% gegenüber 13 2001³. Trotz
125 einiger Fortschritte auch bei den Einstellungsverfahren, zeigen diese Zahlen deutlich, dass man von
126 einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben noch weit entfernt ist. Die hohe
127 Teilzeitquote trägt dazu bei, dass Frauen der Aufstieg im Betrieb entfernt ist.
128 Karrieremöglichkeiten orientieren sich noch immer am Modell des männlichen Vollerwerbsjobs, wie
129 auch jüngst das Magazin „Karriere“ des Handelsblattes feststellt. Die Antwort darauf, dass Frauen
130 sich diesem Karrieremodell anpassen sollten und nur die Rahmenbedingungen geändert werden
131 müssen, bleibt jedoch weit hinter unseren Vorstellungen zurück. Die rheinland-pfälzische
132 Landesregierung leistet mit ihrer Kampagne „Führen in Teilzeit“ jedoch einen wichtigen Beitrag
133 dazu, dieses Karrieremodell zu durchbrechen.

134

135 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Wir wollen mehr!**

136

137 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist gerade auch durch die wirtschaftliche Nützlichkeit des
138 Potenzials von Frauen für den Arbeitsmarkt verstärkt in den Blick der Politik gerückt. Wir haben es
139 mit der best ausgebildeten Frauengeneration zu tun; Mädchen stellen über 50% der Abiturienten;
140 der Markt kann nicht auf dieses Potential verzichten usw.. Diese Argumente, die aus allen
141 Richtungen vorgetragen werden, sind zwar nützlich für den Ausbau der Kinderbetreuung – ein
142 notwendiges Projekt, das auch die rheinland-pfälzische Landesregierung durch den Ausbau der
143 Ganztagschule vorangetrieben wurde – doch wird dabei der emanzipatorische Gedanke, der hinter
144 der geschlechtergerechten Aufteilung der Arbeit (!) steht, oft vergessen. Der Ausbau der
145 Kinderbetreuung, sowohl für Schulkinder, Kindergartenkinder und Kleinkinder bietet in unserer
146 Gesellschaft die Möglichkeit, die Arbeit neu zu verteilen. Durch die mögliche Verkürzung der
147 Wochenarbeitszeit, die Aufteilung der Familienarbeit – von der die Väter in der Vergangenheit
148 weitestgehend ausgeschlossen wurden – und der gesellschaftlich notwendigen Arbeit (bspw. Pflege
149 von älteren oder kranken Angehörigen, ehrenamtliche Tätigkeiten im karitativen Bereich usw. usf.)
150 kann eine geschlechtergerechtere Gesellschaft geschaffen werden. Gewerkschaftliche Vorschläge,
151 die diese und weitere Aspekte berücksichtigen und zu einer neuen Balance zwischen Arbeit und
152 Leben (work life balance) führen können, liegen bereits vor. Gerade dieses Modell verdeutlicht
153 zudem, dass es sich nicht um reine Frauenpolitik geht – wohin das Thema Vereinbarkeit von
154 Familie und Beruf immer wieder verwiesen wird und die eigentliche Frauenpolitik fast gänzlich
155 verdrängt – sondern dass es sich um einen gesamtgesellschaftlichen Geschlechterpolitikansatz
156 handelt!

157

158 Aktuelle Reformprojekte im Lichte der Geschlechtergerechtigkeit

159

³ Quelle: Zweiter Bericht über das Landesgleichstellungsgesetz, Präsentation 11. Mai 2004

160 Die Bundesregierung ist 1998 mit dem Anspruch angetreten, einen „Aufbruch in der Frauenpolitik“
161 zu schaffen. Übriggeblieben ist jedoch nach sechs Jahren Regierung ein Paradigmenwechsel – eine
162 Abkehr von Gleichberechtigungspolitik und die weitestgehende Reduktion von Frauenpolitik auf
163 Familienpolitik.

164 Wichtige Reformprojekte, wie das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft wurde nicht
165 angegangen. Die Bundesregierung hatte es in diesem Bereich bei der Freiwilligkeit belassen, so
166 dass bisher lediglich 6,5% der Unternehmen verbindliche Regelungen zur Gleichstellung getroffen
167 haben. Auch die Abschaffung des Ehegattensplittings, das das Modell der Ernährerehe mit nur
168 einem Einkommen bevorzugt (da bei gleichem Einkommen der Steuervorteil gänzlich entfällt) und
169 somit die klassische bürgerliche Rollenverteilung auch steuersystematisch begünstigt, wurde nicht
170 angepackt.

171 Bei den aktuellen Reformen wurde die Frage der Geschlechtergerechtigkeit weitestgehend
172 ausgeblendet. Hartz IV verschärft durch den Passus der Bedarfsgemeinschaft die Abhängigkeit von
173 Frauen innerhalb einer Partnerschaft, da durch Anrechnung des Verdienstes und Vermögens des
174 Partners bereits nach einem Jahr Arbeitslosigkeit die finanzielle Förderung entfällt und auch die
175 möglichen Vermittlungs- und Beratungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nur noch
176 beschränkt nutzbar sind. Zudem entfällt die selbstständige Sicherung der Rente nach dem ersten
177 Jahr der Arbeitslosigkeit, falls Frauen keine Arbeitslosengeld II Leistungen erhalten. Durch
178 verschärfte Zumutbarkeitsregelungen und die gesetzliche Förderung des Niedriglohnssektors durch
179 die Hartz-Gesetze werden Frauen weiter in prekäre Beschäftigungsmaßnahmen gedrängt.

180

181

182 III. Geschlechtergerechtigkeit bei den Jusos...

183 Gelebt und gefordert?

184

185 Die Jusos definieren sich selbst als feministischer Jugendverband. Doch was heißt Feminismus
186 konkret und wie sieht die Verbandsrealität aus?

187 Feminismus bezeichnet einerseits eine bestimmte *Theorie*, die sich mit den
188 Geschlechterverhältnissen in einer Gesellschaft, ihren Machtstrukturen, der
189 geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Sozialisation beschäftigt. Andererseits bezeichnet
190 Feminismus eine politische Bewegung selbst, die aus der gesellschaftlichen Analyse politische
191 Forderungen entwickelt und einen Gegenentwurf zur bestehenden Gesellschaftsordnung entwirft.
192 FeministInnen beziehen ihre Forderungen auf

- 193 • Gleichstellung und Gleichberechtigung in Politik, Arbeit, Gesellschaft, Familie
- 194 • Kampf gegen Sexismus aller Art, d.h. in individuellem Handeln, Familie, Politik, Wirtschaft,
195 Sprache etc.
- 196 • Gewalt gegen Frauen (individuell und strukturell)
- 197 • sexuelle Selbstbestimmung, Freigabe der Abtreibung
- 198 • Sichtbarmachung von Frauen innerhalb der Sprache
- 199 • Kritische Beobachtung der Reproduktionsmedizin
- 200 • Stellung von Müttern in der Gesellschaft

201

202
203 Feminismus hat sich in unserer Verbandsrealität weitestgehend auf die Instrumentendiskussion
204 verengt. Quotenanträge waren in den letzten Jahren die Regel und haben immer wieder zu
205 polemischen und nicht sachgerechten Auseinandersetzungen geführt. Unsere Verbandrealität
206 zeigt, dass wir selbst in einem feministischen Verband die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen
207 nicht verwirklicht haben. Wir haben unser Fernziel, dass geschlechterparitätische Besetzung von
208 Ämtern eine Selbstverständlichkeit ist und nicht satzungstechnisch sanktioniert werden muss,
209 leider noch lange nicht erreicht. In 28 Unterbezirken stellen Frauen höchstens in einem
210 SprecherInnenteam den Vorsitz. Auch mangelt es in vielen Unterbezirken generell an Frauen, die
211 sich an unserer politischen Arbeit beteiligen. Auch im Landesvorstand wurde in den vergangenen
212 zwei Jahren immer ein Platz für eine Frau freigehalten. Kooptierte waren bis auf eine Ausnahme
213 ausschließlich männlich.
214 Frauenpolitik hatte in den letzten Jahren als eigenes und integratives Politikfeld einen schweren
215 Stand. Bedingt durch Vorurteile gegenüber diesem Politikbereich, negativen Erfahrungen mit der so
216 genannten „Emanzeneneration“, Desinteresse und nicht vorhandene personellen Kapazitäten war
217 es schwierig, den Verband als gesamtes –abgesehen von einzelnen InteressentInnen – bei diesem
218 Thema zu motivieren.
219 Vor zwei Jahren wurde die Frauenkommission auf Landesebene eingerichtet, als Nachfolge des bis
220 dahin bestehenden Frauenarbeitskreises, der jedoch auch wenig Resonanz im Verband fand. Die
221 Kommission wurde zu Beginn gut besucht und es wurden motiviert durch diese positive Resonanz
222 mehrere Projekte beschlossen, die jedoch in der Konsequenz nicht wie geplant durchgeführt
223 werden konnten. Erst am letzten Kommissionswochenende ist es gelungen, wieder motivierte
224 Frauen für die Arbeit der Kommission zu gewinnen.
225 Frauenpolitik oder Geschlechtergerechtigkeit als Themen wurden in unserem Verband in letzter
226 Zeit kaum diskutiert. Geschlechtsspezifische Fragestellungen spielten in den aktuellen Debatten
227 eine untergeordnete bis gar keine Rolle. Auch das Bewusstsein für diese Thema hat immer weiter
228 abgenommen und es ist fast ein Rechtfertigungsdruck entstanden, warum Frauenpolitik als
229 autonomes und integratives Themenfeld in unserem Verband überhaupt behandelt wird.

230

231

232 **IV. Und jetzt? Weiter geht's!**233 **Die Hälfte und nicht weniger!**

234

235 **Aufbruch in der Frauen- und Geschlechterpolitik**

236

237 Frauenpolitik ist auch im 21. Jahrhundert von elementarer Bedeutung für eine progressive
238 Gesellschaftspolitik, die völlige, uneingeschränkte Gleichberechtigung der Geschlechter zum Ziel
239 haben muss.

240 Für die Jusos muss der Anspruch einer Emanzipation, die als die Freiheit sich selbst zu definieren
241 unabhängig von Geschlecht zu verstehen ist, Grundlage jeder politischen Diskussion in den
242 Gremien werden.

243 Dazu gehört, dass die Besetzung der Gremien die reale Verteilung der Geschlechter in der
244 Gesellschaft widerspiegelt. Deshalb darf an der Frauenquote nicht gerüttelt werden, weil sie ein
245 geeignetes Mittel zur partiellen Aufhebung der strukturellen Ungleichheit zwischen Mann und Frau
246 darstellt. Auch für die politische Praxis hat die paritätische Partizipation Vorteile:
247 bestimmte Themenkomplexe wie Familie, Soziales, Erziehung und Gleichberechtigung werden von
248 Männern und Frauen unterschiedlich wahrgenommen und diskutiert. So stellt Partizipation von
249 Frauen eine Bereicherung der politischen Kultur dar und führt zu einer Qualitätssteigerung im
250 Ergebnis, da die politischen Konzepte der gesamten Gesellschaft zu Gute kommen. In bestimmten
251 Politikfeldern wie der immer noch männlich dominierten Wirtschaftspolitik können Frauen durch
252 ihre andersartige Herangehensweise mögliche Alternativen aufzeigen und so den politischen
253 Diskurs um wesentliche Elemente erweitern.
254 Ziel muss sein, Frauen den Weg zu den Jusos zu vereinfachen, die Barrieren für Frauen zu
255 verringern, sich aktiv innerhalb des Verbands an der politischen Debatte zu beteiligen.

256

257 Es gibt genug zu tun...

258

- 259 • 2005 wird ein *Projekt* durchgeführt, dass die Förderung der Teilnahme von Frauen an der
260 Arbeit im Verband zum Ziel hat. Hierzu sind die bisherigen Fördermechanismen zu
261 bewerten und neue Wege zur Unterstützung von Frauen im Verband zu erarbeiten. Der
262 gesamte Verband wird zukünftig regelmäßig in Veranstaltungen mit dem Thema
263 konfrontiert. Junge Frauen werden mit Eintritt bei den Jusos/ in die SPD über
264 Fördermöglichkeiten informiert.
- 265 • Bei der bisherigen Frauenförderung besteht die Gefahr, dass sie ins Leere läuft, so lange es
266 keine Akzeptanz dafür gibt, wichtige Positionen für Frauen freizuhalten und wirkliche
267 Verantwortung abzutreten. In der Regel wird, so fern überhaupt, die Quote erfüllt. Doch das
268 alleine reicht nicht. Die Wahl in ein politisches Gremium führt aufgrund der teilweise
269 informellen Entscheidungsstrukturen in unserem Verband nicht automatisch zu Einfluss
270 und Teilhabe. Es ist daher dringend erforderlich die bisherigen Fördermechanismen unter
271 die Lupe zu nehmen und kritisch auf ihre bisherige Wirkung zu bewerten. Im Anschluss an
272 diese Bestandsaufnahme und Bewertung der Situation sollen außerdem weitere Wege
273 erarbeitet werden, wie Frauen zukünftig mehr Chancen und Förderung erhalten können. Die
274 Platzierung dieses Themas im Verband soll durch einen von der Frauenkommission
275 veranstalteten *Infotag*, im Rahmen von Workshops auf einem
276 Landeskommissionswochenende oder einem Verbandstag erfolgen.
- 277 • Die Unterbezirke benennen zukünftig aus dem Vorstand eine Beauftragte für Frauenfragen.
278 Die Frauenkommission koordiniert die gesamten Maßnahmen und legt zur Landeskonferenz
279 einen *Entwicklungsbericht* vor. Unterstützung erhält sich dabei durch die Unterbezirke und
280 durch den Landesvorstand.
- 281 • Mit einer einmaligen Aktion wird das Bewusstsein der männlichen Genossen nicht
282 verändert. Daher ist die Arbeit in einem kleinen Ratgeber zu dokumentieren und dem
283 Verband zur Verfügung zu stellen. Die Frauenkommission wird beauftragt in den
284 kommenden Jahren gemeinsam mit dem Landesvorstand und den Regionalverbänden vor

- 285 Ort Veranstaltungen durchzuführen und somit dauerhaft und nachhaltig zu wirken. Unter
286 anderem sollten speziell die UB-Vorsitzenden geschult und sensibilisiert werden.
- 287 • Es sollen *gemischtgeschlechtliche Teams* in Frauenpolitik und geschlechtergerechter Politik
288 fit gemacht werden, damit diese bei Bedarf in den UBen die notwendige Aufklärungsarbeit
289 leisten können. Ein Konzept wird von der Frauenkommission erarbeitet.
 - 290 • Weiterhin sollen Frauen innerhalb des Verbands die Möglichkeit erhalten, sich stärker zu
291 vernetzen.
 - 292 • Für alle weiblichen Neueintritte wird ein Infopaket geschnürt, das über Möglichkeiten der
293 Frauenförderung und Ansprechpartner im Verband informiert.
 - 294 • Die Frauenkommission wird weiterhin teilweise autonom tagen. Interessierte männliche
295 Jusos sind eingeladen, sich an den offenen Sitzungen aktiv zu beteiligen. Ein geeigneter
296 Tagungsmodus hierzu muss gefunden werden.
 - 297 • Es soll ein *Fragebogen* ausgearbeitet werden, der in Zusammenarbeit mit
298 SozialkundelehrerInnen über die spezifischen Probleme von jungen Frauen aufklären soll.
299 Verstärkt sollen Mädchenschulen dabei berücksichtigt werden.
 - 300 • Es sollen *Interview-Angebote* an die Schülerzeitungsredaktionen ergehen, um über unsere
301 frauenpolitischen Positionen zu informieren.
 - 302 • Geschlechtergerechtigkeit als Bestandteil der Kampagne Sozialpolitik wird im nächsten Jahr
303 das bestimmende Auseinandersetzungsfeld in unserer Partei und in unserem Verband
304 werden. Geschlechtsspezifische und geschlechtergerechte Fragestellungen sollen dabei
305 nicht wieder an den Rand gedrängt werden, sondern als ein integraler Bestandteil und
306 Kampagnenbaustein mit aufgenommen werden.
 - 307 • Geschlechtergerechte Arbeitswelt und das Konzept „Work-Life-Balance“ können mögliche
308 Schwerpunkte in der Kampagne „Sozialpolitik“ sein.
 - 309 • Inhaltliche Forderungen zum Thema „*Frauen in der Arbeitswelt*“ werden von der
310 Frauenkommission erarbeitet

311
312 Mit diesen Angeboten an innerverbandlicher Bildungsarbeit, gezielten Angeboten an Frauen und
313 dem Entschluss, die Themen Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit wieder einen festen Platz
314 in unserem Verband zu geben und gemeinsame Politikentwürfe für eine geschlechtergerechte
315 Gesellschaft zu entwerfen, werden wir unserem Ziel, der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen
316 und Männern in unserem Verband (und in der Gesellschaft) wieder ein Stück näher kommen!

A 6

1 **AntragsstellerInnen:**

2 **Kommission Wirtschaft & Soziales**

3

4 **AdressatInnen:**

5 **SPD Landesvorstand, Juso Bundesvorstand**

6

7

8 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

9

10 **Positionspapier der Jusos RLP zu Hartz IV**

11

12

13 **Kritik der Jusos am "vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt"**

14

15 Hartz IV, oder das "vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" enthält Elemente,
16 die sich positiv auf einen Teil der vormals SozialhilfeempfängerInnen auswirken. Durch die Hartz IV
17 Bestimmungen erhalten die Arbeitslosengeld II (ALG II) EmpfängerInnen nun einen staatlichen
18 Beitrag in die Kranken-, Pflegekasse sowie einen Mindestbeitrag zur Rentenkasse. Dieser
19 Mindestbeitrag verhindert jedoch bei Langzeitarbeitslosigkeit nicht die Entstehung von
20 Altersarmut.

21 In den Genuss der verbesserten staatlichen Leistungen kommt aber nur ein Teil der vormals
22 SozialhilfeempfängerInnen. Der Personenkreis, der durch die Hartz IV Gesetzgebung profitiert, wird
23 an sich schon durch die Differenzierung der Hilfebedürftigen in zwei Gruppen, stark dezimiert. Die
24 Hartz IV – Gesetze gelten nur für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mindestens drei Stunden pro
25 Tag zu Arbeit fähig sind.

26 Weiter positiv zu vermerken sind die Anstrengungen, die unternommen wurden um die
27 "Armutsfalle Kinder", durch die Einführung eines Kinderzuschlages, zu entschärfen.

28

29 Wir Jusos RLP begrüßen grundsätzlich eine Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe und
30 der Hilfe zum Lebensunterhalt für arbeitsfähige Personen. Denn die beiden Leistungen richten sich
31 großteils an den selben Empfängerkreis und auch die erforderlichen Hilfeleistungen stimmen
32 größtenteils überein. Jedoch halten wir es für falsch, die Zusammenlegung mit einer generellen
33 Absenkung der Sozialleistungen zu verbinden. Dagegen begrüßen wir die vorgesehene Verkürzung
34 der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf 12 bzw. 18 Monate.

35

36 Für die vormals ArbeitslosenhilfebezieherInnen sowie für die in abhängiger Erwerbsarbeit stehende
37 Bevölkerung bedeutet das "vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" aber zum
38 einen erhebliche materielle Einschnitte, zum anderen einen erhöhten Druck auf Löhne und
39 bestehende, tarifliche Beschäftigungsverhältnisse.

40

41 Lebt ein/e Hilfebedürftige/r in einer Bedarfsgemeinschaft, genauer in einer eheähnlichen
42 Gemeinschaft, so wird die/der PartnerInn dazu gezwungen ihre/seine Vermögensverhältnisse offen
43 darzulegen. Dies bedeutet eine rechtliche Gleichstellung der eheähnlichen Gemeinschaften in
44 Bezug auf die Pflichten; jedoch nicht in Bezug auf die Rechte einer solchen Gemeinschaft. Das
45 Prinzip von "Fördern und Fordern" wird schon hier einseitig zu Ungunsten der Hilfebedürftigen
46 ausgelegt.

47
48 Bei der so genannten "Bedürftigkeitsprüfung", der Offenlegung sämtlicher Vermögenswerte der
49 AntragstellerInnen, wird darauf bestanden erworbene Geldwerte zu verzehren, soweit sie über
50 einem gewissen, altersabhängigen Freibetrag liegen.

51 Die Obergrenzen, für die erlaubte Summe von Vermögen für private Altersvorsorge und "anderes
52 Vermögen", werden nur bei 65-jährigen voll ausgeschöpft. Jüngere gelangen nicht in diese
53 Größenordnungen von gestattetem Vermögen.

54
55 Ein weiterer Vorteil für vormals SozialhilfeempfängerInnen ist die Erlaubnis ein "angemessenes"
56 Kraftfahrzeug zu unterhalten. Wo allerdings definiert wird, was ein "angemessenes" Kraftfahrzeug
57 ist nicht eindeutig. Zwar ist das "vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" an
58 das zweite Sozialgesetzbuch angelehnt. Dort wird aber nicht erwähnt, was ein "angemessenes"
59 Kraftfahrzeug darstellt. Deshalb fordern wir Jusos RLP eine politische Entscheidung, die einen
60 Rahmen setzt, innerhalb dessen die/der FallmanagerIn nach pflichtgemäßen Ermessen eine
61 Entscheidung über die Angemessenheit herbeiführt. Entscheidungen der FallmanagerInnen müssen
62 gegenüber den Arbeitssuchenden begründet werden. Andernfalls sehen wir die Gefahr von
63 Willkürentscheidungen.

64
65 Jeder Hilfebedürftige soll in Zukunft eine/n "persönlichen AnsprechpartnerIn" bei der Agentur für
66 Arbeit zugeteilt bekommen. Jede/r "FallmanagerIn" soll 75 "Fälle" betreuen.

67 Wir Jusos RLP begrüßen diese Verbesserung der Betreuungsquote und fordern mit Nachdruck, dass
68 diese schnellstmöglich erreicht wird.

69
70 Hilfsbedürftige unter 25 Jahren erhalten besondere Förderungen, was die Vermittlung in Arbeit
71 oder Ausbildung angeht. Dies ist aus unserer Sicht zu begrüßen. Dennoch: Bei Jugendlichen
72 werden die Stellschrauben besonders repressiv angezogen. Lehnen sie eine Arbeit oder
73 Arbeitsgelegenheit ab, die laut Definition des Gesetzestextes zumutbar wäre, so verlieren sie volle
74 drei Monate sämtlichen Anspruch auf an sie direkt gezahlte Geldmittel.

75

76

77

78

79

Wo bleibt die Wirtschaftspolitik?

80

81 Die angebliche „Alternativlosigkeit“ sozialdemokratischer Regierungspolitik auf der Bundesebene
82 entlarvt sich in keinem anderen Politikbereich so sehr als Kompetenzlosigkeit, wie in der

83 Wirtschaftspolitik. Die Rhetorik der Alternativlosigkeit ist umso ärgerlicher, als es dass es
84 vielseitige und gute Alternativen in vielen Politikbereichen gibt. Die Rhetorik der Wahlkämpfe
85 hingegen war doch geradezu durchdrungen von dem Wunsch die „wirtschaftspolitischen
86 Stellschrauben“ in der Hand zu haben: Nun ist von einer zielgerichteten Wirtschaftspolitik weit und
87 breit nichts zu sehen, unabhängig von inhaltlichen Positionen. Selbst bei Fragen nach
88 beschäftigungspolitischen Möglichkeiten erhält man Floskeln der Arbeitsmarkt- und bestenfalls
89 der Industriepolitik. Diese Kritik richtet sich jedoch umso mehr an die anderen Parteien im
90 Bundestag.

91
92 **Arbeitsmarktpolitische Auswirkung des "vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am**
93 **Arbeitsmarkt".**

94
95 Durch die Hartz IV Gesetzgebung können ALG II EmpfängerInnen gezwungen werden
96 "Arbeitsgelegenheiten im so genannten Sozialrechtsverhältnis" anzunehmen. Durch die von
97 "Wohlfahrtsverbänden" geschaffenen 1–2 € Jobs werden im schlimmsten Falle, entgegen der
98 öffentlichen Darstellung, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Sozialbereich durch die
99 Beschäftigung von ALG II EmpfängerInnen abgebaut. Daher dürfen Arbeitsgelegenheiten nur in den
100 Bereichen angeboten werden, in denen keine Nachfrage nach regulären Arbeitskräften besteht. Die
101 sonst drohenden Verdrängungstendenzen und negativen Auswirkungen auf das Lohnniveau haben
102 wir auch schon an anderer Stelle für den Zivildienst bemängelt. Außerdem darf in diesem
103 Zusammenhang kein Zwang durch Sanktionen auf die ALG II EmpfängerInnen ausgeübt werden,
104 solche Arbeitsgelegenheiten anzunehmen, da dies nach unserer Auffassung mit Artikel 12 Absatz 2
105 GG kollidiert.

106
107 Durch den Zwang für ALG II EmpfängerInnen jede zumutbare Arbeit anzunehmen, wird das
108 Lohnniveau aller Beschäftigten negativ beeinflusst, sowie deren reguläre, tarifliche Arbeitsplätze
109 gefährdet. Vergütungen bis zu 30% unter dem Durchschnitt der regional üblichen Entgelte gelten
110 als nicht sittenwidrig. Durch die Vielzahl der entstehenden Beschäftigungsverhältnisse in diesen
111 unterdurchschnittlichen Entlohnungskategorien, sinkt selbstverständlich auf Dauer der
112 mathematische Mittelwert des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes. Durch wiederum Neueinstellung
113 von ALG II EmpfängerInnen zu noch niedrigeren Entgelten sinkt somit sukzessive das gesamte
114 Lohnniveau einer Region.

115 Selbstverständlich wirkt sich dieser Prozess in Regionen mit hoher Arbeitslosenzahl besonders
116 schnell und massiv aus.

117
118 **Wir Jusos halten dies für neoliberales Lohndumping.**

119
120 Die Entlohnung von ALG II EmpfängerInnen muss sich mindestens am Durchschnitt des
121 ortsüblichen Tarifes orientieren und darf diesen nicht unterschreiten.

122
123 **Grenzen der Arbeitsmarktpolitik – Beschäftigungspolitik entgegensetzen**

124

125 Die Reformen am Arbeitsmarkt haben die Nation gespalten, ja sogar die demokratische Ordnung in
126 vielen Bevölkerungsteilen in Frage gestellt. Dabei vermischen sich in der Kritik Wahres und
127 Falsches, linke und rechte Deutungsmuster, die vermeintlichen Verbesserungsvorschläge
128 widersprechen sich und reichen bis zu einer völligen Ablehnung aller Reformen.

129 Für uns Jusos ist klar, dass eine grundlegende Kritik an den Arbeitsmarktreformen nur dann
130 gerechtfertigt ist, wenn man beschäftigungspolitische Maßnahmen entgegenstellt. Doch dies tut
131 weder die Opposition im Namen der CDU/CSU/FDP, noch die PDS. Die „bürgerlichen“ Parteien
132 treiben dabei ein heuchlerisches Spiel. Während sie in den Verhandlungen jede soziale
133 Verschärfung durchsetzen wollten, proben B-Prominente der Partei die Absetzung, ohne dass die
134 engere Parteiführung widerspricht.

135 Die Schicksale der Menschen bleiben auf der Strecke. Mehr Druck auf Arbeitslose macht nur dann
136 Sinn – unabhängig ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung – wenn beschäftigungspolitische
137 Maßnahmen ergriffen werden. Größere Anreize oder stärkeren Zwang helfen nichts, wenn es keine
138 offenen Stellen gibt, zumal die regionalen Unterschiede gerade für ältere ArbeitnehmerInnen de
139 facto Ungerechtigkeiten produziert. So kommen auch dem „Wirtschaftsweisen“ Peter Bofinger die
140 Arbeitsmarktreformen vor „wie eine Bypass-Operation für einen Asthmakranken. Dem Patienten
141 wird viel zugemutet, doch er profitiert davon nicht.“⁴

142
143 Wir Jusos RLP haben in den letzten Jahren viele Instrumente und Modelle der Beschäftigungspolitik
144 diskutiert: seien es Investitionsprogramme, Möglichkeiten einer auf Beschäftigung ausgerichteten
145 Finanz- und Steuerpolitik gewesen oder die Idee der staatlichen Flankierung von
146 Arbeitszeitverkürzung. All diese Instrumente liegen vor, wir müssen sie nicht jedes Jahr
147 beschließen. Sie warten auf eine Generation in der Politik, die sie umsetzen wird. Wir sind dazu
148 bereit!

149
150 **Gleichstellungspolitische Defizite des "vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am**
151 **Arbeitsmarkt".**

152
153 Durch die Tatsache, dass Frauen für die Entrichtung gleicher Arbeit immer noch nicht gleich
154 entlohnt werden, werden sie im Falle von Arbeitslosigkeit tendenziell schlechter gestellt. Lebt
155 die/der Arbeitsuchende in einer Bedarfsgemeinschaft, so wird bei der "Bedürftigkeitsprüfung" das
156 Einkommen des Lebenspartners oder Ehegatten bei der Prüfung auf Bedürftigkeit angerechnet. Das
157 kann zur Folge haben, dass die komplette Bedarfsgemeinschaft als nicht bedürftig eingestuft wird.
158 Da Frauen einerseits gesamtgesellschaftlich gesehen weniger Lohn für gleiche Arbeit erhalten und
159 gleichzeitig in den Familien die Erwerbsperson mit dem geringeren Hauhalteinkommen sind, trifft
160 der oben geschilderte Fall insbesondere Frauen. Sie werden in die finanzielle Abhängigkeit
161 gedrängt; was einen Rückschritt in der Gleichstellungspolitik darstellt. Außerdem entfällt für die
162 arbeitslose Frau nicht nur der Anspruch auf die finanzielle Hilfe des ALG II und des Mindestbeitrags
163 zur Rentenversicherung, sondern sie erhält auch nicht die unter dem Schlagwort „Fördern“

⁴ Nachzulesen im TV vom 24.08., S. 1

164 angekündigten Vermittlungs- und sonstige Dienstleistungen der Arbeitsagentur und kommunalen
165 Träger.
166 Frauen arbeiten auch heute noch zum großen Teil in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.
167 Dies ist nicht im Sinne einer großen Zahl von Frauen, die ein Mehr von Partizipation an Arbeit
168 fordern. Durch die Hartz IV Regelungen, die eine Vermittlung auch in Arbeitsgelegenheiten
169 vorsehen, werden Frauen noch verstärkter in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse gezwängt.
170
171 Weiter halten wir Jusos RLP den Versicherungsanspruch, den jede/r ArbeitnehmerIn durch die
172 Zahlungen in die Arbeitslosenversicherung erhält, für nicht gewährleistet, da die entsprechenden
173 Leistungen in großem Umfang gekürzt werden. Zur Gewährleistung der Beitragsäquivalenz halten
174 wir bei gekürzter Leistungsdauer des ALG I eine Senkung des Beitrages zur
175 Arbeitslosenversicherung für erforderlich.
176 Mit Spannung erwarten wir Jusos RLP den Ausgang der Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht.
177
178

1 **AntragstellerIn:**

2 **Landesvorstand**

3

4 **AdressatInnen: ???**

5

6 **Für ein solidarisches Gesundheitssystem – Bürgerversicherung**

7

8 Die Konferenz möge beschließen, die von der Projektgruppe Bürgerversicherung ausgearbeiteten
9 Eckpunkte eines solidarisch finanzierten Gesundheitssystems zu unterstützen und sich für die
10 Verwirklichung einer Bürgerversicherung einzusetzen.

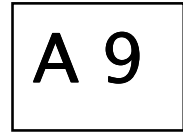
11

12 Die Bürgerversicherung bietet die einzige Möglichkeit an einer solidarischen Finanzierung im
13 Gesundheitswesen festzuhalten. Entsprechende Pläne der Union den Krankenkassenbeitrag mittels
14 Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) allein auf die Arbeitnehmerseite abzuwälzen lehnen wir ab. Mit
15 dem Argument der Senkung der Lohnnebenkosten sollen Normalverdiener und sozial Schwächere
16 belastet werden während sich sozial stärkere Gesellschaftsgruppen aus ihrer Verantwortung
17 verabschieden. Das Konzept des bürgerlichen Lagers steht ganz im Zeichen des unsolidarischen,
18 neoliberalen Zeitgeistes. Allein die Begriffliche Änderung statt von Kopfpauschale von einer
19 Gesundheitsprämie zu sprechen, kann nicht über die negativen Folgen hinwegtäuschen. Der Weg in
20 die Zwei-Klassen-Medizin wäre vollends frei. Der angestrebte steuerliche Ausgleich ist
21 unrealistisch und ist als rein plakatives Instrumentarium zu interpretieren. Doch kann sich mit
22 dieser Verbalkosmetik niemand zufrieden geben. Mit dem Ansinnen die sozial ungleiche Belastung
23 zu korrigieren, die eine Kopfpauschale mit sich bringen würde, widerspricht und konterkariert die
24 Union ihre populistischen Forderung nach einer Vereinfachung des Steuerrechts. Beides in Einklang
25 zu bringen und dabei einen wirklichen sozialen Ausgleich zu schaffen ist unmöglich. Dies zeigt
26 deutlich wie abwegig derartige Pläne sind. Die Kopfpauschale ist ein Irrweg den wir ablehnen.

27 **Wir treten für ein solidarisch finanziertes, effektives und vor allem den Versicherten dienendes
28 Gesundheitssystem ein, das allen Mitgliedern eine qualitativ hochwertige Versorgung garantiert.**

29 Die vorgelegten Pläne zur Ausweitung des Beitragszahlerkreises und der Einbeziehung aller
30 Einkommensarten begrüßen wir und sollten weiter ausmodelliert werden. Der Wegfall der
31 Pflichtversicherungsgrenze bietet die Basis eines fairen Wettbewerbs zwischen den gesetzlichen
32 und den privaten Anbietern und bietet die Chance einer Zwei-Klassen-Medizin vorzubeugen. Trotz
33 der grundsätzlich begrüßenswerten Stossrichtung der Bürgerversicherung ist an einigen Stellen des
34 Konzeptes weiterzuarbeiten. Im vorläufigen Papier der Arbeitsgruppe ist nachzulesen, dass der
35 „gesetzliche Leistungskatalog alles medizinisch Notwendige“ beinhalten muss. Den heutigen
36 Leistungskatalog als Maßstab nehmend, ist dies in nicht ausreichendem Maße der Fall. In den
37 zurückliegenden Jahren ist der Leistungsumfang reduziert und gleichzeitig die finanzielle
38 Beteiligung der Versicherten gesteigert worden. Diese gilt es zu korrigieren. Wir fordern die
39 Ausweitung des gesetzlichen Leistungskataloges, um die propagierten Ziele zu erreichen. Ferner
40 gilt es, die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen entgegen der Kritik, auch des
41 Koalitionspartners, zu 100 Prozent beizubehalten.

A 7



1 **AntragstellerIn:**

2 Bildungskommission der Jusos Rheinland-Pfalz

3

4 **AdressatInnen:**

5 SPD Landesparteitag, SPD Landesvorstand, SPD Landtagsfraktion, Ministerin für
6 Bildung, Frauen, Jugend Doris Ahnen, sowie Abteilung Ganztagschule im
7 Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend.

8

9 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:**

10

11 **Keine halben Sachen! – Die Ganztagschule**

12

13 Seit 2002 wird nach und nach in Rheinland-Pfalz die Ganztagschule eingeführt. Rheinland-Pfalz
14 war das erste westliche Bundesland, welches diesen Schritt gewagt hat. Mittlerweile hat auch der
15 Bund begriffen, dass eine vernünftige Bildungspolitik nur noch mit einer Ganztagschule möglich
16 ist. Nicht erst seit PISA haben die Jusos diese Notwendigkeit erkannt. Die jahrelange Forderung
17 nach der Ganztagschule wurde im Landtagswahlkampf 2001 endlich von der Partei zur Kenntnis
18 genommen und in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Seit drei Jahren investiert das Land
19 Rheinland-Pfalz nun in dieses Programm. Doch diese Art von Ganztagschule ist nicht die
20 Ganztagschule, die wir uns vorgestellt hatten.

21 Die Ganztagschule muss eine verpflichtende Schule für ‚Alle unter einem Dach‘ sein und darf zu
22 keiner „Betreuungsschule“ verkommen.

23

24 **Eine Schule für ALLE und nicht nur für wenige**

25 Schleswig-Holstein macht es vor. Das Vorhaben, das 3-gliedrige Schulsystem durch eine Schule
26 für ALLE unter einem Dach zu ersetzen, ist genau der richtige Weg, der zu gehen ist, um
27 Deutschland aus der Bildungsnot zu befreien. Die viel zitierten PISA – Sieger besitzen keine
28 Trennung nach Leistung in verschiedene Schularten.

29 Alle BildungspolitikerInnen der verschiedensten Parteien sagen, dass aus PISA und ähnlichen
30 Studien zu lernen sei. Dennoch gibt es einige, die das 3-gliedrige Schulsystem um jeden Preis
31 beibehalten wollen, da ihre Kinder und Enkelkinder etwas Besonderes sind, und nicht mit „den
32 Anderen“ auf eine Schule gehen sollen. Meistens sind es dieselben PolitikerInnen, die die
33 Ganztagschule nicht als Hauptschulform sehen wollen.

34

35 Jedoch bietet die Ganztagschule Möglichkeiten die Schülerinnen und Schüler auf Gebieten zu
36 fördern, welche die volle Halbtagschule bis dato nicht erreicht hat und auch nicht erreichen kann,
37 da sie kaum Zeit bietet auf diese Bereiche einzugehen. Zu diesen Gebieten zählt u.a. das Erlernen
38 und Fördern von Sozialkompetenzen. Des Weiteren können in der Ganztagschule durch die

39 gewonnene Zeit sinnvolle pädagogische Konzepte umgesetzt werden, um ein besseres Lernen zu
40 ermöglichen. Schon lange hat der Frontalunterricht ausgedient!
41 SchülerInnen können untereinander voneinander lernen und schwache SchülerInnen werden von
42 starken mitgezogen. Dieses führt zu einer Stärkung der Gemeinschaft.
43 Eine ordentlich organisierte Ganztagschule kann sowohl ein Auffangsystem für Benachteiligte, als
44 auch die Förderung von Überfliegern gewährleisten.

45
46 Diese Vorteile (um nur einige zu nennen) können jedoch nur dann greifen, wenn die
47 Ganztagschule als verpflichtende Schule für alle eingeführt wird. Der jetzige Freiwilligenstatus
48 muss aufgehoben werden! Die derzeitige Form der Ganztagschule führt zu einer Selektion, wie sie
49 nicht gewünscht wurde. Zumal die Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz keinen einheitlichen Weg
50 gehen. Da sind die Ganztagschulen, die eigene Ganztagsklassen eingeführt haben und dann gibt
51 es Schulen, die nachmittags die Kinder aus allen Klassen sammeln. Die Schülerinnen und Schüler
52 differenzieren untereinander zwischen GanztagschülerInnen und ‚normalen‘ SchülerInnen. Es
53 herrscht in der Schule eine Art ‚Zwei-Klassen-Gesellschaft‘.

54
55 Daher fordern die Jusos Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf, schnellst möglich dafür zu
56 sorgen, dass die verpflichtende Ganztagschule als einzige Schulform in Rheinland-Pfalz gesetzlich
57 verankert wird. Statt der reinen nachmittäglichen Betreuung, müssen nachmittags Inhalte vermittelt
58 werden, die für alle Schülerinnen und Schüler wichtig sind.

59
60 Gegen die verpflichtende Ganztagschule wird immer das Argument gebracht, dass die Eltern aus
61 ihrer Verantwortung der Erziehung entlassen werden. Doch dies entspricht nicht der Realität. Die
62 Ganztagschule soll und wird nie eine, alles andere ersetzende, ‚Erziehungsanstalt‘ sein. Vielmehr
63 unterstützt sie die Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung und trägt dazu bei, dass die
64 SchülerInnen nicht nach 9 Jahren aus der Schule gehen, ohne etwas für das Leben mitgenommen
65 zu haben.

66
67

68 Notwendigkeit erkannt! – Wichtig ist die Pädagogik

69 Ganztagschule bedeutet derzeit eine Ausweitung des Frontalunterrichts auf den Nachmittag.
70 Diese Definition ist de facto falsch, bzw. darf nie umgesetzt werden!

71 Vielmehr kann durch eine neue Unterrichtsstruktur das individuelle Lernen und die individuelle
72 Förderung der SchülerInnen kreativität gefördert werden. Dies setzt eine Abkehr vom gewöhnlichen
73 Frontalunterricht voraus. Um Wissen (egal welcher Art) zu vermitteln, ist es wichtig, dass auf jedeN
74 SchülerIn einzeln eingegangen werden kann. Dass dies mit einer Klassenstärke von 30
75 SchülerInnen nicht möglich ist, sollte klar sein. Die Betreuungsrelation muss rigoros verbessert
76 werden.

77 Genauso wenig sind die heutigen Lehrer für diese Aufgabe ausgebildet. Das (fast) reine
78 fachwissenschaftliche Studium bereitet die zukünftigen LehrerInnen kaum auf ihre späteren
79 Aufgaben vor.

80

81 Nach unseren Vorstellungen können die Lehrerinnen und Lehrer diese neue Situation nicht alleine
82 bewältigen, sondern brauchen Unterstützung von ausgebildeten Sozialarbeitern. Diese
83 Kombination kann dazu beitragen, dass die Ganztagschule und deren Inhalte ordentlich an die
84 SchülerInnen vermittelt werden und das Potential dieser Schulform ausgeschöpft wird.

85

86 Ernährung in der Ganztagschule

87 Mit Einführung der Ganztagschule werden die Erwartungen an den Lebensraum Schule besonders
88 zunehmen. Dabei kommt vor allem auch dem Schulessen noch eine zu geringe Bedeutung zu.
89 Gerade das Essen in der Schule muss qualitativ hochwertig und ausgewogen sein, um nachhaltig
90 auch die gesundheitliche Entwicklung der Schüler zu ermöglichen.

91 Fehlernährung ist neben Bewegungsmangel ein nicht zu unterschätzendes Gesundheitsrisiko für
92 Kinder und Jugendliche. Bereits jedes fünfte Kind und jeder dritte Jugendliche in Deutschland ist
93 bereits übergewichtig. Die Folgen sind ein deutlich höheres Risiko für Fettstoffwechselstörungen,
94 Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Bluthochdruck. Auch Gelenkerkrankungen,
95 Gallenleiden, Atem- und Schlafstörungen werden durch Übergewicht begünstigt. Nicht zu
96 vergessen: die psychischen Belastungen, denen Betroffene ausgesetzt sind. Aber auch Magersucht
97 und Ess-Brech-Sucht bei Kindern und Jugendlichen sind gleichermaßen ernstzunehmende
98 Erkrankungen.

99 Gerade deshalb gilt es in der Schule mit gutem Beispiel voranzugehen, und neben qualitativ
100 hochwertigem Essen auch gemeinsam mit den Schülern Mahlzeiten zu kochen.

101

102 Am Geld hängt alles?

103 Immer wieder wird das Argument des fehlenden Geldes genannt. Alles würde ja so gemacht
104 werden, doch das Geld sei nicht da. Stop! Das Geld ist da! Unserer Meinung nach ist das eine Frage
105 der Prioritätensetzung! Ja, wir wissen, dass die Landesregierung viel Geld in die Ganztagschule
106 investiert, aber es ist eben nicht genug! Zumal eine komplette Umstrukturierung des Schulsystems
107 sicherlich im Endeffekt günstiger wäre, als die Ganztagschule als Nebenform zu den anderen
108 Schulformen beizubehalten. Das Hauptproblem ist, dass die Angst besteht, den ersten Schritt zu
109 tun. Hier ist (noch) mehr Mut gefragt, diesen Schritt zu gehen.

110 Zukunft wird nicht an einem Tag gemacht, aber an einem Tag kann damit begonnen werden sie zu
111 gestalten!

112

113

114 Eine richtige organisierte verpflichtende Ganztagschule für alle kann Rheinland-Pfalz und
115 Deutschland aus dem Bildungsnotstand heraushelfen. Wir Jusos sind bereit unseren Beitrag dazu
116 zu leisten. Wir fordern die Partei auf, einen Arbeitskreis „Verpflichtende Ganztagschule“
117 einzusetzen, der sich mit der neuen Schulform auseinandersetzt. Die derzeit existierende Lösung
118 der Ganztagschule darf nur eine Übergangslösung sein, kein Dauerzustand.

119

120 **Begründung:**

121 – erfolgt mündlich –

A 10b

1 **AntragstellerIn:**

2 Jusos Südpfalz, Jusos Kaiserslautern, Jusos Kusel

3

4

5 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:**

6

7

8 **Vergabe von Finanzmitteln nach §5 Abs. 3 (LV-Projekttopf)**

9

10 Projekt: Globalisierung ist kein Wunder, sondern kann erklärt werden!

11

12 Die Antragssteller beantragen die Durchführung eines Projektes zum Thema Globalisierung in den
13 Gliederungen des Verbandes. Die hierfür benötigten Finanzmittel werden in angemessener Höhe
14 zur Verfügung gestellt.

15

16 **Begründung:**

17 siehe Antrag „Globalisierung ist kein Wunder, sondern kann erklärt werden!“

A 11

1 **AntragstellerIn:**

2 **Landeskommission Internationales**

3

4 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:**

5

6 **Globalisierung mit Maß und Menschlichkeit**

7

8

9 Die Globalisierung ist ein Prozess tiefgreifender Veränderungen im wirtschaftlichen,
10 gesellschaftlichen und politischen Gefüge unserer Welt. Die rasante globale Verflechtung und
11 Vernetzung von Kapital und Technologie, Information und Medien setzt Staaten und Gesellschaften
12 sowie Individuen unter einen gewaltigen Anpassungsdruck.

13 Die derzeit zu beobachtende wachsende Verselbständigung eines Globalisierungsgedankens, der
14 auf ausufernde und maßlose Liberalisierung fokussiert ist und den Humanitätsgedanken immer
15 weiter in den Hintergrund treten lässt, stellt eine von den herrschenden Eliten gewollte Entwicklung
16 dar, die allzu oft als unabwendbar dargestellt wird. Globalisierung an sich ist jedoch keine
17 determinierte Entwicklung, sondern ein organischer Entwicklungsprozess, auf den politisch Einfluss
18 genommen werden kann. Aus diesem Grund stellt die aktive Gestaltung der Globalisierung, die
19 Förderung ihrer positiven Aspekte und die Abmilderung ihrer negativen Auswüchse, eine zentrale
20 Herausforderung der Politik im 21. Jahrhundert dar. Gerade Europa im allgemeinen und
21 Deutschland im speziellen sind als dominierende Volkswirtschaften gefordert, diese historische
22 Verantwortung wahrzunehmen.

23

24 Folgende Eckpunkte sollen unsere Vorstellungen verdeutlichen:

25

26 1. Globalisierung lediglich unter dem Aspekt wirtschaftlicher Liberalisierung, im Sinne einer
27 „laissez faire, laissez aller“ – Mentalität, lehnen wir ab und betonen stattdessen ganz
28 bewusst die Notwendigkeit des Primats der Politik zur Schaffung freiheitlicher,
29 demokratischer und gerechter Lebensbedingungen weltweit.

30

31 2. Eine gerechte Globalisierung ist nur unter der Prämisse einer gerechten
32 Weltwirtschaftsordnung möglich. Dazu bedarf es eines fairen Umgangs mit Staaten, deren
33 Bevölkerung von Hunger und Armut, Krankheit und Gewalt bedroht sind. Unserer Meinung
34 besteht darin auch die beste Möglichkeit, um Fanatismus und Terrorismus den Nährboden
35 zu entziehen. Wir fordern insbesondere:

36 • Die Erfüllung der Entwicklungshilfsvorgaben der UN von 0,7 % des BIP (Zahlen zum
37 Vergleich Stand 2002: Deutschland 0,27 %; Dänemark: 0,96 %; Industrieländer
38 Durchschnitt: 0,23 %).

39 Die Durchsetzung der Ausgaben in dieser Höhe sollte in Zukunft auf europäischer
40 Ebene organisiert werden. Die EU soll in Zukunft den Betrag des nicht in

- 41 Entwicklungshilfe investierten Anteil am BIP einziehen und ihrerseits in
42 entsprechende Maßnahmen investieren.
- 43 • Freier und unverfälschter Marktzugang für Entwicklungsländer, d.h. Abschaffung
44 des Agrarprotektionismus und aller Exportsubventionen bzw. sonstiger Hürden.
 - 45 • Konsequente Durchführung einer Entschuldungsinitiative und Aufbaumaßnahmen
46 im Gegenzug gekoppelt an die Umsetzung demokratischer Standards. Die
47 Entwicklungsländer verpflichten sich, durch die finanziellen Mittel, die durch den
48 wegfallenden Schuldendienst frei werden, in Projekte , die den Milleniumzielen
49 entsprechen, investieren.
- 50
- 51 3. Die Liberalisierung des Dienstleistungssektors schreitet mit dem GATS–Abkommen (**General**
52 **Agreement on Trade in Services**) weiter voran. Wir sehen diese Durchsetzung eines
53 uneingeschränkten Wettbewerbs, bei dem staatliche Akteure fast sämtlicher Einfluss- und
54 Regulierungsmöglichkeiten beraubt werden, kritisch. Deshalb fordern wir insbesondere:
- 55 • Zugang zu Wasser, Bildung, Energie- und Gesundheitsversorgung o.ä. gehören zu
56 den elementaren Grundbedürfnissen und dürfen nicht dem rein profitorientierten
57 Kalkül von Konzernen überlassen werden. Die entsprechenden Felder sind aus den
58 Verhandlungen auszugliedern oder unter besonderen Schutz zu stellen.
 - 59 • Die Bevölkerung muss eine Entscheidungsmöglichkeit erhalten, ob bestimmte
60 Dienstleistungen tatsächlich privatisiert werden.
 - 61 • Die EU muss ihre nicht transparente Verhandlungsführung beenden und eine offene
62 Debatte über das Thema GATS anstreben.
- 63
- 64 4. Ein nachhaltiger Umgang mit den weltweiten natürlichen Ressourcen und eine globale
65 Umwelt- und Klimapolitik müssen angesichts stetigen Wachstums der Weltbevölkerung,
66 wachsenden Ressourcenverbrauchs und Klimaveränderung eine höhere Priorität erhalten.
- 67
- 68 Die Globalisierungsdebatte sollte auch vor Ort im Unterbezirk intensiviert werden

A 12

1 **AntragstellerIn:**

2 Jusos Südpfalz

3

4

5 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:**

6 **Globalisierung ist kein Wunder, sondern kann erklärt werden!**

7

8 Die Antragsteller beantragen, dass die Kommission Internationales und die Unterbezirke zur
9 gesellschaftlichen Aufklärung über Prozess und Auswirkung der Globalisierung
10 Informationsveranstaltungen vor Ort durchführen. Die Kommission Internationales erarbeitet im
11 Vorfeld einen Reader zur Schulung der Unterbezirke. Aus den Diskussionsveranstaltungen sollen
12 Foren für eine kritische Betrachtung der Globalisierungsentwicklung entstehen.

13

14 **Begründung:**

15 Die Globalisierung ist ein Prozess tief greifender Veränderungen im wirtschaftlichen,
16 gesellschaftlichen und politischen Gefüge unserer Welt. Die rasante globale Verflechtung und
17 Vernetzung von Kapital und Technologie, Information und Medien setzt Staaten und Gesellschaften
18 sowie Individuen unter einen gewaltigen Anpassungsdruck.

19 Die derzeit zu beobachtende wachsende Verselbständigung eines Globalisierungs-gedankens, der
20 auf ausufernde und maßlose Liberalisierung fokussiert ist und den Humanitätsgedanken immer
21 weiter in den Hintergrund treten lässt, stellt eine von den herrschenden Eliten gewollte Entwicklung
22 dar, die allzu oft als unabwendbar dargestellt wird. Globalisierung an sich ist jedoch keine
23 determinierte Entwicklung, sondern ein organischer Entwicklungsprozess, auf den politisch Einfluss
24 genommen werden kann. Aus diesem Grund stellt die aktive Gestaltung der Globalisierung, die
25 Förderung ihrer positiven Aspekte und die Abmilderung ihrer negativen Auswüchse, eine zentrale
26 Herausforderung der Politik im 21. Jahrhundert dar. Gerade Europa im allgemeinen und
27 Deutschland im speziellen sind als dominierende Volkswirtschaften gefordert, diese historische
28 Verantwortung wahrzunehmen.

29

30 Globalisierung ist kein Wunder sondern kann erklärt werden! Viele Menschen glauben, dass die
31 Globalisierung ein unveränderbarer Prozess ist. Das stimmt nicht, die Globalisierung ist von
32 Menschen gemacht. Als teil der kritischen Gesellschaft ist es in unserer Verantwortung, die Jugend
33 über den Prozess und die Auswirkungen aufzuklären.

34

A 13

1 **AntragstellerIn:**

2 Kommission Internationales der Jusos Rheinland-Pfalz

3

4 **AdressatInnen:**

5 SPD Landesvorstand, Juso Bundesvorstand

6

7 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:**

8

9 **Mehr Europa in der SPD – mehr SPD in Europa**

10

11 **Kurze Analyse der Europawahl und konkrete Vorschläge für einen neuen**
12 **europapolitischen Aufbruch**

13

14 Mit dem Ausgang der Europawahl 2004 kann die SPD, können wir, nicht zufrieden sein. Um so
15 wichtiger ist es, das Ergebnis noch einmal zu analysieren, unseren Wahlkampf zu bewerten und die
16 Voraussetzungen für bessere Ergebnisse in der Zukunft zu schaffen.

17 **I. Ausgangslage: Die Europawahl 2004**

18 **Wahlsieger: Die Partei der NichtwählerInnen**

19 Von den 353 Millionen wahlberechtigten EU-BürgerInnen haben lediglich 45,7 Prozent ihre Stimme
20 abgegeben. In Deutschland waren es sogar noch weniger: Nur 43 Prozent gingen zur Wahl. Damit
21 ist die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament – sowohl in Deutschland als auch EU-
22 weit – auf einen historischen Tiefststand gesunken. Diese Zahlen lassen nur zwei Deutungen zu:

23 ♦ Die EU-BürgerInnen haben der Wahl zum Europäischen Parlament keine große Bedeutung
24 beigemessen.

25 ♦ Die Politikangebote haben sie – sei es personell, sei es inhaltlich – nicht überzeugt.

26 **Wer wählt, wählt Protest**

27 Von denjenigen, die zur Wahl gingen, haben viele den nationalen Regierungsparteien einen
28 Denkartel verpasst. Verliererinnen dieser Protestwahl waren sowohl konservative Parteien, wie in
29 Frankreich und Italien, als auch sozialdemokratische, wie in Polen und Großbritannien. Lediglich
30 die gerade gewählten Regierungen in Spanien und Griechenland sowie, mit Einschränkungen, die
31 schwedischen SozialdemokratInnen blieben von diesem Trend verschont. In Deutschland hat die
32 SPD mit 21,5 Prozent ein besonders schlechtes Ergebnis erzielt. Die Grünen wurden indes nicht
33 abgestraft. Die Botschaft der Europawahl ist eindeutig:

34 ♦ Ein Großteil der EU-BürgerInnen ist unzufrieden mit der Politik der jeweiligen nationalen
35 Regierung insbesondere in Deutschland.

36 **Bürgerliche Mehrheit und Erstarben der Europa-Skeptiker**

37 Die Europäische Volkspartei (EVP), also die konservative Parteienfamilie, hat 36,6 Prozent der Sitze
38 im Europäischen Parlament errungen und stellt damit die stärkste Fraktion. Gegenüber 1999
39 gewann die EVP noch rund einen Prozentpunkt hinzu. Die SozialdemokratInnen (SPE) verloren einen
40 Prozentpunkt und kommen nun auf 27,3 Prozent der Mandate. Es folgen die Liberalen, die Grünen
41 und die Linksparteien. Die größten Zuwächse konnten die EU-skeptischen Parteien verbuchen,
42 ihnen können rund 13 Prozent der Abgeordneten zugerechnet werden, was die Mehrheitsbildung
43 im neuen Europäischen Parlament nicht einfacher macht. Um Europapolitik konstruktiv gestalten zu
44 können, sind die beiden großen Fraktionen EVP und SPE zu weit gehender Zusammenarbeit
45 gezwungen. Fazit:

- 46 ♦ Es gibt keine Gestaltungsmehrheit für sozialdemokratische Politik im EP.
- 47 ♦ Inhaltliche Profilierung wird auf Grund der häufig notwendigen "Großen Koalition" zwischen SPE
48 und EVP in Zukunft noch schwieriger.

49 **II. Analyse des Wahlkampfes**

50 **Europapolitische Themen spielen eine Nebenrolle**

51 Wieder einmal haben europapolitische Themen im Europa-Wahlkampf nur eine untergeordnete
52 Rolle gespielt. Die EU-Erweiterung oder der europäische Verfassungsentwurf – keine der großen
53 Parteien hat diese Themen in den Mittelpunkt gerückt. Statt dessen stand die innenpolitische
54 Auseinandersetzung im Vordergrund. So überrascht es nicht, dass sich laut einer Umfrage von
55 Infratest-Dimap gut 60 Prozent der WählerInnen bei ihrer Stimmabgabe von bundespolitischen
56 Aspekten leiten ließen. Nur für etwa 35 Prozent war die Europapolitik ausschlaggebend. In
57 mehreren Bundesländern – auch in Rheinland-Pfalz – kam hinzu, dass die Europawahl von den
58 Kommunalwahlen in den Hintergrund gedrängt wurde. Landesverband und Unterbezirke haben
59 einen Großteil ihrer Ressourcen auf den Kommunalwahlkampf gerichtet, für Europa blieb
60 entsprechend wenig übrig.

61 Für das Projekt Europa war auch dieser Wahlkampf einmal mehr eine verpasste Chance.

- 62 ♦ Die Parteien benutzten den Europa-Wahlkampf zur innenpolitischen Profilierung.
- 63 ♦ Ein Richtungsstreit über den Kurs der Europapolitik fand im Wahlkampf nicht nennenswert statt.

64 **SPD-Wahlkampf: Themenwahl ohne Mut und Ideen**

65 Wir haben die Chance verpasst, der innenpolitischen Negativ-Stimmung eine inhaltsstarke, klar auf
66 Europa ausgerichtete Kampagne entgegen zu setzen. Die gewählten Themen hatten keine
67 Durchschlagskraft und mit Europa wenig zu tun. Mit "Friedensmacht" wurde noch einmal auf das
68 Gewinnerthema der Bundestagswahl gesetzt. So unterstützenswert die Haltung der
69 Bundesregierung zum Irak-Krieg war – es lassen sich nicht beliebig viele Wahlen damit gewinnen.
70 Der Slogan "zukunftsgerichtet" war zu abstrakt. Was bedeutet er? Vielleicht: "Gerecht? – Ja, aber nicht
71 jetzt." Das zentrale Thema "soziale Gerechtigkeit" ließ sich mit diesem Slogan jedenfalls nicht
72 besetzen.

- 73 ♦ Die aktuellen europapolitischen Themen wie Erweiterung und Verfassung haben wir nicht
74 beherzt angepackt.

- 75 ♦ Unser großes Thema – die soziale Dimension der Europäischen Integration – haben wir nicht
76 deutlich genug besetzt.

77 **Europa hatte kein Gesicht**

78 Auch personell fehlte die europapolitische Profilierung. Anders als die Europäischen Grünen hatte
79 die SPE keinen europäischen Spitzenkandidaten aufgeboten. Der deutsche Spitzenkandidat Martin
80 Schulz war weitgehend unbekannt und der Kampagne ist es nicht gelungen, dieses Manko zu
81 beheben. Im Fernsehspot war nicht Martin Schulz zu sehen, sondern der Bundeskanzler. Auch
82 wurde Martin Schulz nicht, wie z.B. die Spitzenkandidatin der FPD, bundesweit plakatiert. Statt
83 dessen wurde von den Unterbezirken in der Regel der/die EP-KandidatIn aus der jeweiligen Region
84 plakatiert – eine wenig sinnvolle Praxis, da die meisten dieser KandidatInnen auf dem Stimmzettel
85 zur Europawahl überhaupt nicht auftauchten und somit für die Wahlentscheidung keine wichtige
86 Rolle spielten.

- 87 ♦ Wir haben uns nicht getraut, unser europapolitisches Spitzenpersonal in den Mittelpunkt der
88 Kampagne zu stellen.

- 89 ♦ Es wurde nicht klar, wer warum fürs Europäische Parlament kandidierte.

90 **Kein konkretes Projekt für Europa**

91 Auf die Fragen “Was waren unsere Ziele? Was haben wir erreicht? Was ist noch zu tun?” haben wir
92 keine ausreichenden Antworten geliefert. In dieser Wahl wurden nicht wie bei Kommunal- und
93 Bundestagswahlen konkrete Projekte benannt, die wir erfolgreich umgesetzt haben oder noch
94 umsetzen wollen. Entsprechendes Verteilmaterial war kaum vorhanden. Da unsere
95 europapolitischen Ziele und Inhalte zu wenig dargestellt wurden, konnten wir auch nicht die
96 Unterschiede zu anderen Parteien deutlich machen. Wir haben es nicht geschafft, unsere konträren
97 Positionen klarzumachen, z.B. zur Zukunft der Daseinsvorsorge, zur europäischen Umweltpolitik,
98 zur europäischen Sozialpolitik, zur europäischen Wirtschaftspolitik. Welches konkrete Projekt
99 haben wir den Menschen angeboten, was sie hätte überzeugen können, SPD zu wählen? Haben wir
100 klargemacht, warum es wichtig ist, die Globalisierung sozialdemokratisch zu gestalten? Leider
101 nein.

- 102 ♦ In der Partei gab es vielfach zu wenig Information über unsere europapolitischen Leistungen und
103 Positionen.

- 104 ♦ Konkrete europapolitische Projekte mit klar benennbaren Zielsetzungen haben wir den
105 WählerInnen nicht angeboten.

106 **III. Ein neuer europapolitischer Aufbruch**

107
108 Mit der europäischen Integration verbinden sich, wenn sie demokratisch gestaltet wird, große
109 Chancen: ArbeitnehmerInnenrechte, soziale und ökologische Standards – all das lässt sich in Zeiten
110 globaler Märkte auf europäischer Ebene viel wirksamer durchsetzen als im nationalen Rahmen.
111 Diese Chancen werden in der Öffentlichkeit noch zu wenig diskutiert. Das muss sich ändern – *wir*
112 müssen es ändern. Auch in der SPD muss Europapolitik einen höheren Stellenwert bekommen. Die
113 europäische Ebene ist viel zu wichtig, als dass die Partei sie einem kleinen Zirkel von Eingeweihten
114 überlassen könnte. Es ist ein absolutes Muss, Europawahlkämpfe auch mit europapolitischen

115 Themen führen. Vor allem mit unserem großen Thema: dem Aufbau eines sozialen Europas. Die
116 Sozialistische Partei in Frankreich hat es mit einigem Erfolg vorgemacht (“Et maintenant, l’Europe
117 sociale”).

118 ♦ Notwendig ist mehr Information und eine intensivere Debatte über Europapolitik innerhalb der
119 Partei.

120 ♦ Nur eine SPD, die europapolitische Positionen und Projekte mit der ganzen kommunikativen
121 Kraft einer Volkspartei vertritt, kann auch eine öffentliche Diskussion darüber anstoßen.

122 **Konkrete Vorschläge für mehr Europa in der SPD**

123 Mehr Interesse für Europapolitik zu fordern, stößt selten auf Widerspruch. Zu oft bleibt der Ruf
124 nach mehr Europa aber bloßes Lippenbekenntnis. Um den Anspruch tatsächlich einzulösen zu
125 können, müssen auch die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die wichtigsten sind:

126 a) die Vernetzung der europapolitisch Aktiven und Interessierten

127 b) die Verankerung europapolitischer Kompetenz auf allen Parteebenen

128 c) der Ausbau und eine Demokratisierung der SPE-Strukturen

129 d) die “Europäisierung” und gleichzeitige Regionalisierung des europäischen Wahlsystems

130 a) Bessere Vernetzung und Koordinierung

131 Es gibt in der SPD zahlreiche europapolitisch Aktive und Interessierte. Angefangen bei den 23
132 deutschen GenossInnen im Europäischen Parlament bis hin zu den Mitgliedern der
133 europapolitischen Arbeitskreise auf Unterbezirks- und Ortsvereinsebene. Sie alle bearbeiten häufig
134 die gleichen Themen zur selben Zeit, ohne aber ihr Wissen auszutauschen oder gemeinsame
135 Positionen zu formulieren. Die Resonanz in Partei und Öffentlichkeit bleibt deshalb oft gering. Das
136 durchaus vorhandene europapolitische Potenzial in der SPD gilt es stärker als bisher zu nutzen.

137 ♦ Notwendig ist die Einrichtung eines europapolitischen Netzwerks, das sich auf die Ressourcen
138 des Parteiapparats stützen kann. In den Landesverbänden sind Koordinierungsstellen zu
139 schaffen, die den Kontakt zwischen den europapolitisch Aktiven aller Parteebenen sicherstellen.
140 Auf Unterbezirksebene sind entsprechende Kontaktpersonen zu benennen.

141 b) Mehr europapolitische Kompetenz

142 Europapolitik gilt als schwer durchschaubar. Dabei ist sie im Prinzip nicht komplizierter als
143 Kommunalpolitik – vorausgesetzt, man kennt die handelnden Personen und Institutionen, ihre
144 Befugnisse und ihre Absichten. Aber genau darüber bekommt man leider oft nicht genug
145 Information, vor allen Dingen nicht aus den Massenmedien. Dieses Defizit muss die Partei
146 ausgleichen, indem sie allen Interessierten Informationsangebote macht. Und das nicht nur
147 innerhalb der Partei.

148 ♦ Die Landesverbände und Unterbezirke müssen den Ortsvereinen Europa-ReferentInnen bzw.
149 Seminare anbieten, in denen europapolitische Kenntnisse verständlich und interessant vermittelt
150 werden.

151 ♦ Europapolitik muss anhand von thematisch zentrierten Kampagnen verstehbar gemacht und mit
152 klaren Positionen verbunden werden. Denkbar und wünschenswert ist eine Kampagne für einen
153 flexiblen europäischen Mindestlohn.

- 154 ♦ Europapolitik muss einen festen Platz sowohl in den Parteimedien bekommen (z.B. *Vorwärts*) als
155 auch in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, z.B. durch Kommentierung aktueller politischer
156 Ereignisse durch europäische SpitzenpolitikerInnen.

157 c) Mehr SPE: Europäisierung der Partei

158 Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) ist bisher nur ein Dachverband, dessen Mitglieder
159 Parteien sind und nicht Personen. Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass die SPE im öffentlichen
160 Bewusstsein keine nennenswerte Rolle spielt. Die SPE fasst bisher lediglich die nationalen
161 Positionen zu wenig überzeugenden Formelkompromissen zusammengefasst.
162 Mehrheitsentscheidungen gibt es de facto nicht, inhaltliche Profilierung ist damit unmöglich. Die
163 SPE muss endlich eine Partei werden, die diesen Namen verdient. Dabei muss zugleich eine
164 demokratische Willensbildung innerhalb der Partei gewährleistet sein. Wie in der EU sollte auch in
165 der SPE das Prinzip der Subsidiarität gelten.

- 166 ♦ Die Mitglieder der nationalen Parteiorganisationen sollen automatisch auch Mitglieder der SPE
167 sein. Die SPE soll also keine zusätzliche Partei neben der SPD sein. Ein SPE/SPD-
168 Mitgliedsausweis soll dies sichtbar machen. Aber auch reale Rechte müssen an die SPD-
169 Mitgliedschaft geknüpft sein: wie etwa Rederecht auf Parteitage der SPE oder der nationalen
170 Schwesterparteien.

- 171 ♦ Jährlich sollen Parteitage der SPE stattfinden, auf denen mit qualifizierter Mehrheit entschieden
172 wird. Die Delegierten sind von den Landesdelegiertenkonferenzen (oder entsprechenden
173 Gremien) der nationalen Parteiorganisationen zu wählen. Die Größe der nationalen Delegationen
174 muss sich nach einem Schlüssel errechnet werden, der sowohl die Einwohnerzahl des Landes als
175 auch die Mitgliederzahl der Partei berücksichtigt. Jede nationale Parteiorganisation muss eine
176 Mindestzahl von Delegierten entsenden dürfen, damit auch die Parteien aus kleineren Ländern
177 angemessen vertreten sind.

- 178 ♦ Für die Wahlen zum Europäischen Parlament muss die SPD eineN gemeinsameN
179 SpitzenkandidatIn nominieren.

- 180 ♦ Die gleichen Forderungen sind an ECOSY zu stellen, die Dachorganisation der sozialistischen
181 bzw. sozialdemokratischen Jugendverbände. Die deutschen Delegierten sind von den
182 Landeskonferenzen zu wählen und dürfen nicht länger vom Juso-Bundesvorstand ernannt
183 werden.

184 d) Europäisierung des Wahlsystems

185 Bei den Europawahlen konstituieren die Völker Europas zwar ein gemeinsames Parlament. Die
186 Wahlen finden jedoch in den einzelnen Nationalstaaten jeweils unabhängig voneinander statt. Es
187 gibt keine Länder übergreifenden Wahlkreise und es gibt auch kein einheitliches europäisches
188 Wahlrecht. Einzelne Länder wählen sogar an unterschiedlichen Tagen. Der nationale Zuschnitt des
189 Wahlrechts ist einer der Gründe dafür, dass die Wahlkämpfe bisher so auf nationale Themen fixiert
190 sind und keine europaweite Auseinandersetzung stattfindet.

- 191 ♦ Es sollten Möglichkeiten zur Änderung des Wahlsystems geprüft werden, wie z.B. die Einführung
192 von Direktwahlkreisen, europaweite Listen mit der Möglichkeit, auch KandidatInnen in anderen
193 EU-Ländern zu wählen, um die Wahl "persönlicher" und direkter zu gestalten.

194 ♦ Das Wahlrecht muss einen regionalen Bezug der KandidatInnen gewährleisten.

195

196 **Wir sollten gemeinsam mit der SPD daran arbeiten, unser Programm für „Mehr Europa in der SPD**
197 **und mehr SPD in Europa“ umzusetzen.**

A 14

1 **AntragstellerIn:**

2 Jusos Südpfalz, Jusos Kaiserslautern, Jusos Kusel

3

4 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:**

5

6 **Neuaufgabe des Juso-Liederbuchs**

7

8 Der Landesvorstand wird beauftragt, eine Neuaufgabe des Juso-Liederbuchs bis Ende April 2005
9 fertig zu stellen. Das neue Liederbuch soll hierbei neben einigen, in der ersten Ausgabe
10 vergessenen Klassikern, vor allem internationale sowie modernere Lieder enthalten.

11

12 Des Weiteren wird beantragt, alle Jusos aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz aufzufordern, das
13 „Lied der Partei“ (...die Partei, die Partei hat immer recht...) zukünftig auf öffentlichen
14 Veranstaltungen oder bei der Teilnahme internationaler Organisationen nicht mehr zu singen. Der
15 Landesverband wird aufgefordert, diesen Teil des Antrages auf dem nächsten Bundeskongress
16 einzubringen.

17

18 **Begründung:**

19 Die erste Auflage des Juso-Liederbuchs war und ist ein voller Erfolg. An vielen Abenden, wenn
20 mehr als drei Jusos beieinander sind, wird in der Regel gesungen. Auch ist es ein wunderbares
21 Geschenk auf nationaler und vor allem auf internationaler Ebene. Selbst der Bundesverband hat für
22 das ECOSY-Festival bereits nach dem RLP-Liederbuch nachgefragt. Es ist also höchste Zeit eine
23 zweite Auflage zu erstellen. Es wäre schön, wenn neben den unverzichtbaren Klassikern, von denen
24 noch der ein oder andere fehlt, auch modernes und internationales Liedgut enthalten wäre.

25

26 Leider stößt das „Lied der Partei“ mit der Strophe: „...aus lenischen Geist und von Stalin
27 geschweißt...“ häufig auf Unverständnis bei unseren internationalen Partnern, wie auf dem ECOSY-
28 Festival in Rumänien geschehen. Wird das Lied von den meisten Jusos mit einem ironischen
29 Hintergrund gesehen, ist dieser logischerweise für Genossinnen und Genossen aus anderen
30 Organisationen nicht zu erkennen. Daher sollten es alle Jusos aus Rheinland-Pfalz unterlassen,
31 zukünftig dieses Lied auf offiziellen Veranstaltungen und im Ausland zu singen.

32

A 15

1 **AntragstellerIn:**

2 Jusos Südpfalz, Jusos Kaiserslautern, Jusos Kusel

3

4

5 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:**

6

7 **„Mehr Planungssicherheit für das Kommissionswochenende“**

8

9

10 Die Konferenz möge beschließen, in Analogie zu den Grundsätzen des Seminarprogramms, eine
11 Ausfallgebühr von 25 € pro Tag für diejenigen TeilnehmerInnen zu erheben, die kurzfristig
12 absagen, oder unentschuldigt vom Kommissionswochenende fernbleiben.

13 Auf die Ausfallgebühr wird verzichtet, sofern ein/e ErsatzteilnehmerIn genannt wird. Auch wird in
14 Fällen höherer Gewalt oder bei unabwendbaren dringlichen Ereignissen auf die Gebühr verzichtet.
15 Wurden die TeilnehmerInnen durch ihren Unterbezirk beim Landesverband angemeldet, kann im
16 Falle des Nichterscheinens die Ausfallgebühr von dem entsprechenden Unterbezirk verlangt
17 werden.

18

19

20 **Begründung:**

21

22 Erfolgt mündlich.

23

A 16

1 **AntragstellerIn:**

2 Jusos Südpfalz, Jusos Kaiserslautern, Jusos Kusel

3

4 **AdressatInnen:**

5 Juso Bundesvorstand, Juso Bundeskongress

6

7 **Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen**, den vorliegenden Antrag als
8 Satzungsänderung durch den Landesverband Rheinland-Pfalz beim nächsten
9 Bundeskongress einzubringen.

10

11 **Umbau des Bundeskongress – Effektive Arbeit für den Verband**

12

13 1. Ausschüsse beraten und beschließen Anträge

14 Ausschüsse, die gemäß der Zusammensetzung der Bezirksdelegationen gebildet werden, mit einer
15 Größe von etwa 20 Personen bereiten sämtliche Themengebiete des Bundeskongresses für eine
16 Generaldebatte um die jeweilige Ausrichtung des Verbandes vor. Die Ausschüsse können Anträge
17 in ihrer Zuständigkeit entscheiden. Auf Antrag 1/3 der Ausschussmitglieder, muss der Antrag auf
18 dem Gesamtplenium beraten werden. Auf dem Bundeskongress sollen Freitag und
19 Samstagvormittag für die Antragsdebatte in den Ausschüssen genutzt werden.

20

21 2. Generaldebatte statt Änderungsanträge

22 Zur Orientierung des Verbandes, soll anstatt des üblichen Feilchens um Worte und Kommas, eine
23 Generaldebatte geführt werden. Wenige, entscheidende und für junge Menschen relevante Themen
24 sollen Samstagnachmittags und sonntags Raum haben.

25

26

27

28 Begründung: Der letzte Bundeskongress hat gezeigt, dass nur noch ein kleiner Teil der
29 Bundeskongressdelegierten bereit und in der Lage ist, der Diskussion zu folgen und sich zu
30 beteiligen. Der Großteil ist noch nicht einmal mehr in der Lage, aus Höflichkeit die Fresse zu
31 halten. Diese Entwicklung ist bedauerlich, da sie die notwendige Debatte über zahlreiche Anträge
32 auf der gesamten Breite des Verbandes unmöglich macht. Zahlreiche Delegierte gehen frustriert
33 wieder an die Arbeit in den Unterbezirken. Dabei sollte der Bundeskongress nicht nur eine
34 inhaltliche Stärkung, sondern auch eine Motivation für das kommende Jahr sein.

35

36 Es ist jedoch nicht nur die Motivation der Delegierten, die Diskussionen erschweren. Ein großer Teil
37 der Anträge kommt mittlerweile aus dem Bundesvorstand und dessen Umfeld. Weite Teile der
38 Diskussion und der „Vorbereitung“ des Kongresses laufen über sehr wenige Personen. Dies kann
39 auch nicht Ziel des „Mitmach-Verbandes“ sein. Alle Delegierten sollen nach ihren Fähigkeiten

40 beteiligt werden und nicht nur ein Wochenende in einer deutschen Großstadt als Stimmvieh in eine
41 Halle gesperrt werden.

42
43 Es reicht daher nicht aus, auf bessere Zeiten oder eine Veränderung in der Delegiertenmotivation
44 zu hoffen. Strukturen, auch wenn sie schon seit Jahrzehnten eingeübt sind, müssen überdacht
45 werden.

A 17

1 **AntragstellerInnen:**

2 UB Kaiserslautern, UB Kusel, UB Südpfalz

3

4

5 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

6

7

8 **Finanzbericht des Landesverbands**

9

10

11 Wir fordern, dass in der zweiten Sitzung des Landesausschusses nach dieser Landeskonferenz ein
12 ausführlicher finanzieller Rechenschaftsbericht erfolgt, der die Finanzlage des Landesverbandes,
13 des Innovationfondausschusses und des Bildungsausschusses detailliert (insbesondere Einnahmen
14 / Ausgaben) offenlegt. Ferner sollte in Zukunft ein solcher Rechenschaftsbericht immer bis zum
15 vorletzten Landesausschuss vor einer Landeskonferenz vorliegen und dort besprochen werden. Die
16 Zahlen sollten zumindestens einen groben Überblick in die finanzielle Lage ermöglichen.

17

18

19 **Begründung:**

20 Oft in LA-Sitzungen gefordert, oft versprochen, doch nie erreicht. So könnte man diesen Antrag
21 kurz und knapp begründen. Um die notwendige Transparenz der Finanzen zu gewährleisten,
22 halten wir diese Forderung für eine Selbstverständlichkeit, die eigentlich gar keines Antrags
23 bedürfen sollte. Schließlich ist ein finanzieller Rechenschaftsbericht Usus in allen Unterbezirken
24 und Ortsvereinen, warum dann nicht auch im JUSO-Landesverband Rheinland-Pfalz ?

1 **AntragstellerIn:**

2 Juso-Landesvorstand

Nicht fristgerecht eingereicht!!!

R 1

3
4 **AdressatInnen:**

5 Landesregierung (MP und MBJF); LJR z.K.

6

7 **Das Kinderjugendhilfegesetz (KJHG) muss Bundesgesetz bleiben**

8

9 Die Jusos RLP wenden sich entschieden gegen Bestrebungen der Ministerpräsidenten, die Aufgaben
10 des KJHG auf die Länderebene zu übertragen. Es ist inhaltlich und strategisch geboten, diesen
11 Bestrebungen Einhalt zu gebieten, umgekehrt machen sie auch keinen Sinn.

12

13 Die Rahmenkompetenz des Bundes schafft eine länderübergreifende Grundlage und sorgt für
14 verlässliche Standards in der Kinder- und Jugendhilfe. Durch diese wird die Voraussetzung
15 geschaffen, für Kinder und Jugendliche gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, wie es das
16 Grundgesetz fordert. Unabhängig des vermehrten Verwaltungsaufwands durch die Länder werden
17 sinnvolle Verknüpfungen von Politikfeldern und deren Steuerungsmöglichkeit insgesamt aus der
18 Hand gegeben.

19

20 Die finanziellen Aufwendungen könnten niemals von den Ländern kompensiert werden, zumal
21 verbandsinterne Finanzierungsmodi ein kompetentes Einbringen von jugendlichen und
22 Jugendlobbyvertretungen zu Lasten aller Jugendverbände, auf der Bundesebene nicht mehr möglich
23 wäre. Dies schadet allen selbstorganisierten Jugendverbänden und Trägern der Jugendhilfe.

24

25 Die Verhandlungen in der Föderalismuskommission (Kombo) sind geprägt von den Erwartungen
26 der Länder. Mehr an Gerüchten erfährt man aus dritter oder vierter Hand. Trotzdem gibt es
27 Erfahrungen bei Verhandlungen von „Paketlösungen“. Unwichtigere Bereiche können in einem
28 Gesamtpaket verschnürt werden, die nachher nicht mehr rauszulösen sind, wenn man den
29 gesamten Kompromiss nicht in Frage stellen will. Deswegen ist jetzt ein klarer Widerspruch von
30 Nöten.

31

32 Die Jusos RLP fordern die Landesregierung auf, sich für den Erhalt des KJHG in der Zuständigkeit
33 des Bundes einzusetzen.

34

35

36

1 **Resolution zur Ausbildungsplatzumlage**

2

3 **AntragsstellerIn:**

4 **Landesvorstand**

5

6 **AdressatInnen:**

7 **SPD Landesvorstand & Bundesparteirat**

8

9 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

10

11 **Resolution zur Ausbildungsumlage**

12

13 Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass in Rheinland-Pfalz nicht genügend
14 Ausbildungsplätze für junge Menschen vorhanden sind und auch nicht geschaffen werden.

15 Im September 2001 haben mehr als 5000 Ausbildungsplätze gefehlt, im August 2004 waren es
16 sogar schon mehr als 11.000 Ausbildungsplätze!

17 Innerhalb von knapp 3 Jahren hat sich die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze demnach mehr als
18 verdoppelt. Ein unhaltbarer Trend wenn jetzt nichts getan wird.

19 Auch die Jugendlichen die in eine Warteschleife der Berufsfachschulen oder im
20 Berufsgrundbildungsjahr geschoben werden, werden es von Jahr zu Jahr mehr.

21 Zurzeit sind rund 16.000 Jugendliche in einer solchen Warteschleife und werden im nächsten Jahr
22 zusätzlich auf dem Ausbildungsmarkt landen. Das heißt die Ausbildungssituation wird sich nicht
23 entspannen, sondern eher noch verschärfen.

24 Es zeigt sich auch, dass die großen Firmen die Anzahl ihrer Ausbildungsplätze zurückfahren und
25 ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nicht mehr nachkommen wollen. Im Gegenzug stellen zwar die
26 kleinen Handwerksbetriebe mehr Ausbildungsplätze zu Verfügung, doch leider reicht dies nicht
27 aus um die fehlenden Ausbildungsplätze zu kompensieren.

28

29 Würde die Ausbildungsumlage angewannt, dann bekämen viele der kleineren Betriebe eine
30 Unterstützung und die großen Betriebe, die nicht Ihrer Verpflichtung nachkommen, werden endlich
31 zur Kasse bzw. zur Korrektur ihrer Ausbildungspolitik gezwungen.

32

33 Im Rahmen des Ausbildungspaktes für Rheinland-Pfalz haben die Unternehmen in diesem Jahr
34 1.200 neue Ausbildungsplätze und 1.000 Einstiegsqualifikationen angeboten.

35

36 Im Jahr 2002 wurden mehr als 30.000 Ausbildungsplätze, im Jahr 2003 wurden mehr als 28.000
37 und in diesem Jahr nur noch 26.457 Ausbildungsplätze angeboten.

38

39 Angesichts dieser Zahlen, muss man sich fragen, ob der Ovale Tisch in Rheinland-Pfalz überhaupt
40 noch einen Sinn hat!

R 2

- 41 Wir können dies als Jusos so nicht hinnehmen, deshalb fordern wir die Landesregierung auf ihre
42 Blockadehaltung zur Ausbildungumlage aufzugeben.
43 Außerdem fordern wir den Parteivorstand auf, sich mit der Ausbildungssituation zu befassen und
44 ein schnelles in Kraft treten der Ausbildungumlage umzusetzen.

1

2 **Initiativantrag „Deutschquote im Radio“**

3

4 **AntragsstellerIn:**

5 UB MAYEN-KOBLENZ

6

7

8 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

9

10 **Stellungnahme zur Diskussion um eine Quote für deutschsprachige Musik im Radio.**

11

12 Die Antragssteller bitten die Landeskonferenz zu beschließen, die Freiheit der Sender nicht in Form
13 einer Quote für deutschsprachige Musik zu beschneiden. Ziel dieses Antrages ist es nicht,
14 deutschen Gruppen und deutscher Musik die gleichwohl nötige Förderung zu versagen. Jedoch darf
15 eine wie auch immer geartete Unterstützung nicht in der simplen Verhinderung oder Verdrängung
16 eines anderen bestehen.

17

18 **BEGRÜNDUNG:**

19

20 – ERFOLGT MÜNDLICH –

11

1 **Initiativantrag zur Klassenmeßgröße**

2

3 **AntragsstellerIn:**

4 MARC RULAND ÜBER DEN JUSO–KREISVERBAND MAYEN–KOBLENZ

5

6 **AdressatInnen:**

7 **SPD Landesvorstand & Landesparteitag, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend**

8 **Doris Ahnen**

9

10 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

11

12 Keine weitere Überschreitung der Klassenmesszahl von 30 SchülerInnen pro Klasse an den
13 weiterführenden Schulen in Rheinland–Pfalz

14

15 Die Juso–Landeskonferenz fordert die rheinland–pfälzische Ministerin für Bildung, Frauen und
16 Jugend Doris Ahnen auf, Absatz 2 der Verwaltungsvorschrift über die „Klassenbildung für die
17 Klassenstufen 5 bis 10 der Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und
18 Kooperativen Gesamtschulen“ des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend (MBFJ) vom 9. Mai
19 2003 (9425 A Tgb.Nr. 3485/ 01) zu reformieren.

20 Bislang wird die in Absatz 1 festgelegt Klassenmesszahl von 30 SchülerInnen pro Klasse nach oben
21 aufgeweicht, wenn die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit Gesamtkonferenz und
22 Schulleiternbeirat aus diversen Motivationen heraus die **Klassenmesszahl auf bis zu 33 SchülerInnen**
23 für einen Zeitraum von bis zu **2 Schuljahren** erhöhen darf. Sogar eine noch weitergehende
24 Erhöhung der Klassenmesszahl ist in Abs. 2 angedacht.

25 Die Juso–Landeskonferenz fordert daher Ministerin Doris Ahnen auf, die in Absatz 2 geregelten
26 Aufweichungen der Klassenmesszahl aus der Veraltungsvorschrift zu streichen und so die
27 Klassenmesszahl auf 30 SchülerInnen pro Klasse zu reduzieren, zudem soll die Klassenmesszahl in
28 der nächsten Legislaturperiode weiter auf 25 SchülerInnen pro Klasse reduziert werden.

29

30 **Begründung:**

31 Am Beispiel einer 7. Stufe einer Regionale Schule im Landkreis Mayen–Koblenz ist die Situation zu
32 erläutern. 155 SchülerInnen besuchen die Klassen 7a–e. Für einen Zeitraum von 2 Jahren sind 31
33 SchülerInnen pro Klasse zulässig. Nach einer Reform müssen 6 Klassen mit je 25 bis 26
34 SchülerInnen gebildet werden, wobei die neugebildete Klasse von einer zusätzlichen Lehrkraft
35 versorgt werden muss. Die Einhaltung der Klassenmesszahl von 30 SchülerInnen pro Klasse führt
36 demnach zur Neueinstellung von LehrerInnen und verbessert die Unterrichtsqualität.

37

38 Denn ein Grund für die Bildungsmisere an deutschen Schulen liegt in den viel zu hohen
39 Klassenmessenzahlen. Es ist nicht von ungefähr, warum Deutschland im europäischen Vergleich im
40 Bereich Bildung immer weiter an Boden verliert.

41
42 Finnische SchülerInnen, die im europäischen Vergleich einen Spitzenplatz belegen, gehen in
43 Klassen, mit der niedrigste Klassenmessenzahl von 17 Schüler pro Lehrer in der Sekundarstufe I.
44 Deutschland rangiert noch über dem OECD-Schnitts (24 Schüler pro Lehrer) mit 25 Schüler pro
45 Lehrer (vgl. OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“).

46
47 Der Vergleich der Klassenmessenzahl mit anderen Bundesländer zeigt zudem, dass Rheinland-Pfalz
48 allenfalls im unteren Mittelfeld hinter Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern,
49 Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegt.

50
51 Ferner fordert auch der Landeselternbeirat (LBE) in seiner Ausgabe 1 /2003 der Zeitschrift
52 „Elternarbeit in Rheinland-Pfalz“ insbesondere nach dem schlechten Abschneiden der deutschen
53 Schulen bei PISA die Schülerinnen und Schüler in höherem Umfang individuell zu fördern und zu
54 fordern. Er vertritt die Ansicht, dass dies umso eher möglich ist, je kleiner die Klassen sind. Sein
55 Vorschlag, die Klassenmessenzahl wieder auf 27 Schülerinnen und Schüler zu senken, mag
56 angesichts knapper Kassen nicht realisierbar sein. Jedoch sei die Einhaltung der Klassenmessenzahl
57 ein Schritt in die richtige Richtung.

58 Ähnlich bewertet auch der Verband Bildung und Erziehung (VBE) die Situation. Er stellte in seiner
59 Umfrage „Hauptschule & Co.“ aus dem Jahr 2000 fest, dass SchülerInnen der Sekundarstufe I neben
60 einer frühzeitigen Personalzuweisung an die Schulen die Minderung der Klassengrößen als
61 notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität nennen.

62 Mit einer Neuregelung würde Bildungsministerin Doris Ahnen somit ein Zeichen für die
63 Verbesserung des Unterrichts und für die Neueinstellung von LehrerInnen setze

Angenommene Anträge; etc.

Ordentliche Juso-Landeskonferenz 09. – 10. Oktober 2004 in Trier, Europäische Kunstakademie

- 59 -